

Arbeit & Wirtschaft

Herausgegeben von AK und ÖGB

www.arbeit-wirtschaft.at

NICHT MIT UNS!

Über die AK als Sprachrohr der Beschäftigten und eine gute Politik für die Menschen

Coverstory / 6

Kurswechsel nötig

Was eine neue Regierung aus Sicht der ArbeitnehmerInnen ändern müsste.

Interview / 18

Gut gewappnet

GPA-djp-Vorsitzende Teiber über die Angriffe auf die AK und die Beschäftigten.

Reportage / 30

Chancen fördern

Zahllose Absagen sind für viele Arbeitslose Alltag. Zwei Betroffene im Porträt.



18

Interview

GPA-djp-Vorsitzende Barbara Teiber über die Angriffe von Türkis-Blau auf die AK und die Entmachtung der ArbeitnehmerInnen in der Sozialversicherung – und welche Folgen dies hat.



30

Reportage

Mit Druck wollte Türkis-Blau die Arbeitslosigkeit bekämpfen. ExpertInnen und Betroffene sprechen darüber, was sich in der Arbeitsmarktpolitik verbessern muss und wie die AK Betroffenen hilft.

Schwerpunkt

Wir reden mit!

Die geplatze türkis-blaue Regierung versuchte die AK zurückzudrängen. Nun besteht die Chance auf eine Kurskorrektur.

12

Zurechtgebogen

Die gescheiterte Regierung beschloss eine neue Struktur für die Sozialversicherung – und baute den Einfluss der Arbeitgeber aus.

14

Schwarz-blaue Wiederholungen ...

Schon die erste ÖVP/FPÖ-Koalition setzte auf Sozialabbau, Privatisierungen und Geschenke für Unternehmen.

16

Existenz und Chancen sichern?

Mit der Abschaffung der Mindestsicherung ist die Sozialhilfe aus dem vorigen Jahrhundert zurück. Aber schlimmer, als sie je war.

22

Nur nicht im eigenen System ...

Die gescheiterte türkis-blaue Regierung sprach von Sparen. Sich selbst gönnte sie aber viel Geld für PR und Personal.

26

Intransparent und mächtig

Die Industriellenvereinigung finanziert eine Reihe von Think-Tanks, die Türkis-Blau die Politik eingeflüstert haben.

28

Neue Chance!

Bei den türkis-blauen Steuerreformplänen zeigte sich einmal mehr eine klare Schlagseite in Richtung Unternehmen.

36

Schiefes Brüsseler Parkett

Gerade einmal zwei Prozent der Organisationen vertreten die Interessen von ArbeitnehmerInnen in der EU-Hauptstadt.

38

Motor und Vermögen

Geht's dem Sozialstaat gut, geht's der Wirtschaft gut: Ein leistungsstarker Sozialstaat ist keineswegs retro.

40

Einseitige Angriffe

Die Arbeiterkammer ist ein wichtiger Akteur im sozialen Ausgleich, der Österreich so erfolgreich gemacht hat.

42



6

Coverstory

ArbeitnehmerInnen werden die Auswirkungen der türkis-blauen Politik weiter spüren. Eine Analyse von drei Maßnahmen und was eine neue Regierung aus ArbeitnehmerInnensicht anders machen müsste.

Standards

Historie: AK und Sozialpartnerschaft	4
Standpunkt: Ein Haufen Mogelpackungen	5
Statistiken: Status quo vadis?	24
Nicht zuletzt – von Erwin Zangerl	43
A&W blog	44
Aus AK und Gewerkschaften	45
Man kann nicht alles wissen	46

Erklärungen aller **markierten** Worte.

Impressum

Redaktion „Arbeit&Wirtschaft“:

Johann-Böhm-Platz 1, 1020 Wien,
Tel.: (01) 534 44-39263 Dw.,
Fax: (01) 534 44-100222 Dw.,
Sonja Fercher (Chefredaktion),
Sonja Adler (Sekretariat): 39263 Dw.
E-Mail: sonja.adler@oegb.at
Internet: www.arbeit-wirtschaft.at

Abonnementverwaltung und Adressänderung:

Cynthia Fadenberger, Suzana Stojancic, Johann-Böhm-Platz 1, 1020 Wien, Tel.: (01) 662 32 96-0
E-Mail: aboservice@oegbverlag.at

Redaktionskomitee:

Bernhard Achitz, Sonja Adler, Thomas Angerer, Lucia Bauer, Gerhard Bröthaler, Adi Buxbaum, Brigitte Daumen Garrido, Georg Feigl, Sonja Fercher, Andreas Gjecaj, Elisabeth Glantschnig, Richard Halwax, Melissa Huber, Georg Kovarik, Florian Kräftner, Iris Krassnitzer, Sylvia Kuba, Heinz Leitsmüller, Sabine Letz, Pia Lichtblau, Michael Mazohl, Martin Müller, Klaus-Dieter Mulley, Martin Panholzer, Brigitte Pellar, Sybille Pirklbauer, Philipp Schnell, Josef Thoman, Christina Weichselbaumer, Christina Wieser, Gabriele Zgubic, Karin Zimmermann

Redaktionsmitglieder:

Sonja Fercher (Chefredakteurin), Sonja Adler (Sekretariat), Thomas Jarmar (Artdirektion, Grafiken), Nicola Skalé (Grafik und Layout)

MitarbeiterInnen dieser Ausgabe:

Sonja Fercher (Chefredakteurin), Sonja Adler, Michael Bonvalot, Christian Bunke, Wolfgang Dorninger, Astrid Fadler, Sophia Fielhauer-Resei, Nani Kauer, Christoph Klein, Sandra Knopp, Michael Mazohl, Beatrix Mittermann, Brigitte Pellar, Sybille Pirklbauer, Christian Resei, Martin Saringer, Martin Schenk, Valentin Schwarz, Udo Seelhofer, Zoran Sergievski, Petra Völkerer, Alexia Weiss, Erwin Zangerl

Herausgeber:

Bundesarbeitskammer, 1040 Wien, Prinz-Eugen-Straße 20–22, und Österreichischer Gewerkschaftsbund, 1020 Wien, Johann-Böhm-Platz 1

Medieninhaber:

Verlag des Österreichischen Gewerkschaftsbundes GmbH, 1020 Wien, Johann-Böhm-Platz 1, Tel.: (01) 662 32 96-0 Dw., Fax: (01) 662 32 96-39793 Dw.
E-Mail: zeitschriften@oegbverlag.at
Internet: www.oegbverlag.at

Hersteller: Walstead Leykam Druck GmbH & CO KG, 7201 Neudörfel, Bickfordstr. 21

Verlagsort: Wien

Herstellungsort: Neudörfel

Preise (inkl. MwSt.):

Einzelnummer: € 2,50;
Jahresabonnement Inland € 20,-;
Ausland zuzüglich € 12,- Porto;
für Lehrlinge, StudentInnen und PensionistInnen ermäßigtes Jahresabonnement € 10,-
Bestellungen an den Verlag des ÖGB, 1020 Wien, Johann-Böhm-Platz 1, Tel.: (01) 662 32 96-0,
E-Mail: aboservice@oegbverlag.at

Offenlegung gemäß Mediengesetz, § 25:

www.arbeit-wirtschaft.at/offenlegung

ZVR-Nr. 576439352 • DVR-Nr. 0046655

ISSN (Print) 0003-7656, ISSN (Online) 1605-6493,
ISSN (Blog) 2519-5492

Die in der Zeitschrift „Arbeit&Wirtschaft“ wiedergegebenen Artikel entsprechen nicht notwendigerweise der Meinung von Redaktion und Herausgeber. Jeder/jede AutorIn trägt die Verantwortung für seinen/ihren Beitrag. Es ist nicht die Absicht der Redaktion, die vollständige Übereinstimmung aller MitarbeiterInnen zu erzielen. Sie sieht vielmehr in einer Vielfalt der Meinungen die Grundlage einer fruchtbaren geistigen Auseinandersetzung. Die Redaktion übernimmt keine Gewähr für unverlangt eingesandte Manuskripte. Nachdrucke, auch auszugsweise, nur mit Zustimmung der Redaktion und mit Quellenangabe.

AK und Sozialpartnerschaft

Arbeiterkammern mit den gleichen Rechten und Möglichkeiten wie die Wirtschaftskammer sind Voraussetzung für einen fairen Interessenausgleich.

Die Sozialpartnerschaft ist ein Problem- und Konfliktlösungssystem, das sich in dieser Form nur in Österreich herausgebildet hat. Es ist durch die freiwillige Mitwirkung der Arbeitsmarktparteien gekennzeichnet, um unterschiedliche gesellschaftliche Interessen auszugleichen. Der dritte Partner neben ArbeitnehmerInnen- und ArbeitgeberInnenseite war über Jahrzehnte der Staat. Weil er sich seit etwa einem Vierteljahrhundert immer mehr zurückzieht, konnte die Sozialpartnerschaft nur mehr eingeschränkt funktionieren.

Erstmals spielte die Sozialpartnerschaft in den Gründungsjahren der österreichischen Republik 1918 bis 1920 eine gewichtige Rolle. Sie wurde allerdings in erster Linie durch die staatsunabhängigen Interessenvertretungen der Arbeitsmarktparteien getragen, die Industriellenorganisationen und die Gewerkschaften. Die sozialpartnerschaftliche Interessenabstimmung im sogenannten „Industriekomitee“ ermöglichte viele Innovationen, unter anderem wurde hier das Betriebsrätegesetz ausverhandelt.

Was allerdings fehlte, war Chancengleichheit beim Einbringen der Standpunkte. Die UnternehmerInnen hatten seit Jahrzehnten mit den Handelskammern eine gemeinsame Vertretung auf gesetzlicher Grundlage und konnten auf deren ExpertInnen zurückgreifen. Den ArbeitnehmerInnen fehlte eine solche Einrichtung, und den Gewerkschaften stand kein vergleichbares ExpertInnen-Team zur Verfügung. Das änderte sich mit der Errichtung der Arbeiterkammern ab dem Februar 1920, die

den UnternehmerInnen-Kammern *nicht nur völlig gleichwertig, sondern auch in ihrem Wirkungskreis derart ähnlich gestaltet sind, dass ein Zusammenwirken der beiden Körperschaften bei der Lösung von wichtigen Aufgaben der wirtschaftlichen Verwaltung ohne Schwierigkeiten möglich ist.* Was die Sozialpartnerschaft der Zweiten Republik auszeichnete, war also 1920 schon angedacht: Problem- und Konfliktlösung auf Augenhöhe und volle Repräsentativität der Interessen durch die demokratisch organisierten Kammern.

Als die ersten AK-Wahlen 1921 (in Kärnten 1922) stattfanden, hatte sich das politische Klima schon stark verändert. Rechte national-konservative Regierungskoalitionen rückten immer mehr vom Ziel des gesellschaftlichen Interessenausgleichs ab. Zu Beginn der großen Wirtschaftskrise 1929/30 starteten sie zwar noch einmal den Versuch einer gemeinsamen Problemlösung, aber ohne die Gleichwertigkeit der ArbeitnehmerInnen-Interessen zu akzeptieren. Wie es der Wirtschaftskammer-Experte **Ludwig Mises** gegenüber AK-Präsident **Franz Domes** so drastisch formulierte: In der Wirtschaft gäbe es *kein Recht, nur Wettbewerb.*

Nach der Katastrophe von Faschismus und Krieg kam man zur Erkenntnis, dass ein fairer Interessenausgleich auf Augenhöhe der bessere Weg sei. Nicht umsonst setzte der Österreichische Gewerkschaftsbund schon im Juli 1945 die Wiedererrichtung der Arbeiterkammern durch. Denn es galt für die Gewerkschaft



© Archiv der AK Wien

Das Plakat zur AK-Ausstellung über die Geschichte der österreichischen ArbeiterInnenbewegung aus dem Jahr 1951 zeigt den Weg zur Gleichberechtigung der ArbeitnehmerInnen als freie BürgerInnen auch in der Politik. Mit der Errichtung von Arbeiterkammern wurde ihre Gleichberechtigung gesetzlich anerkannt. Das war die Voraussetzung für den Erfolg der modernen Sozialpartnerschaft.

wie in der ersten Republik: *Durch die Schaffung der Arbeiterkammern ist die Arbeiterschaft erst zur uneingeschränkten gesellschaftlichen und menschlichen Gleichberechtigung aufgerückt.*

Ausgewählt und kommentiert von
Brigitte Pellar

brigitte.pellar@aon.at

Ein Haufen Mogelpackungen

Standpunkt



Sonja Fercher
Chefredakteurin
Arbeit&Wirtschaft

Was für ein Scherbenhaufen, der nach „Ibizagate“ nun vor uns liegt! Und was für ein unwürdiger Diskurs, der sich schon in den ersten Tagen danach abgezeichnet hat und der den Wahlkampf wohl dominieren wird. Inhaltliche Auseinandersetzung: jedenfalls bisher keine Spur. Stattdessen immer die gleichen Schlagworte, die wiedergekaut werden und nichts sind als Mogelpackungen.

Mogelpackung 1: Das angebliche Ende der Schuldenpolitik. Klingt gut, denn wer hat schon gerne Schulden? Nur steht erstens hinter diesen Schulden des Staates auch ein Vermögen – ganz so, wie es in der Privatwirtschaft auch ist, mit der die staatliche Budgetpolitik so gerne verglichen wird. Zweitens war das Erreichen des Nulldefizits im Jahr 2018 keineswegs auf die Aktivitäten der nun geplatzten türkis-blauen Regierung zurückzuführen, sondern vielmehr auf die gute Konjunktur. Nebenbei bemerkt ist der gut ausgebaute Sozialstaat dafür verantwortlich, dass es Österreichs Konjunktur trotz der Finanz- und Wirtschaftskrise vergleichsweise gut geht – worüber sich im Übrigen sogar ExpertInnen mit wenig gewerkschaftlichem „Stallgeruch“ einig sind.

Ebendiesen Sozialstaat wollte Türkis-Blau beschneiden – und hört man sich die Wahlkampfankündigungen an, so hat sich an dieser Position nur wenig geändert. **Mogelpackung 2** ist das Sparpotenzial der Einschnitte, die unter Tür-

kis-Blau beschlossen wurden, denn dieses ist jedenfalls überschaubar. Die Konsequenzen für die Betroffenen aber sind tiefgreifend. Ein trauriges Beispiel dafür ist die Abschaffung der Mindestsicherung und die Einführung der Sozialhilfe, die massive Verschlechterungen für die Menschen mit sich bringt. Schlimmer noch: Es ist die Abkehr von der Armutsbekämpfung hin zur Bekämpfung der Armen.

Mogelpackung 3: Die angebliche Reform der Sozialversicherung. Auch diese wird gerne mit dem Sparargument begründet, und die Proteste von AK und Gewerkschaften wurden damit abgetan, dass sie ja nur die angeblichen Pfründen ihrer FunktionärInnen retten wollten. Wie gering das Sparpotenzial ist, zeigt folgende Zahl: 0,009 Prozent. So niedrig ist nämlich der Anteil der Kosten für die Selbstverwaltung am Gesamtaufwand für die Sozialversicherung. Was hinter der Reform steckt: die Abschaffung der Mitbestimmung der ArbeitnehmerInnen. Konkret gesagt: Die ArbeitnehmerInnen zahlen zwar in die Versicherung ein, können aber nicht mehr darüber entscheiden, was mit ihren Beiträgen passiert. Oder noch konkreter ausgedrückt: Die Arbeitgeber übernehmen die Macht in der Sozialversicherung der ArbeitnehmerInnen.

Mogelpackung 4 besteht in der verfehlten Annahme, Druck auf Arbeitslose sei ein wirksames Mittel gegen Arbeitslosigkeit. Man muss kein Mathe-Genie

sein, um folgende Rechnung nachvollziehen zu können: Wenn es mehr Arbeitslose als freie Stellen gibt, bleibt unterm Strich eine Zahl stehen. Und hinter dieser Zahl stehen Menschen, die zum Teil schon Hunderte Bewerbungen geschrieben haben und sich redlich bemühen, wieder einen Job zu bekommen – doch ohne Erfolg. Ein Blick in die Statistik zeigt obendrein: Von Langzeitarbeitslosigkeit überdurchschnittlich betroffen sind PflichtschulabsolventInnen und ältere Menschen. Doch für sie hat Türkis-Blau keine Rezepte, vielmehr wurde die erfolgreiche „Aktion 20.000“ gestrichen. Erneut: marginales Sparpotenzial, enorme Nachteile für die Betroffenen.

Mogelpackung 5 ist der Glaube an die Leistung. An dieser Stelle ist davon schon oft die Rede gewesen, aber dennoch zur Erinnerung: Ausgerechnet das österreichische Bildungssystem ist extrem leistungsfeindlich. Denn es belohnt familiäre Herkunft, statt die SchülerInnen in die Lage zu versetzen, dass sie später am Arbeitsmarkt ihre Potenziale voll entfalten können. So produziert es systematisch Menschen, die später wenig verdienen und ein sehr hohes Risiko haben, arbeitslos zu werden.

Zukunftsgerichtet ist all das nicht, ganz im Gegenteil. In der heutigen Medienlogik ist es zudem eine enorme Herausforderung, mit sachlichen Argumenten durchzukommen. Aber wir bleiben dran.



**NICHT
OHNE
UNS!**

Die ÖVP/FPÖ-Regierung ist Geschichte. ArbeitnehmerInnen werden die Auswirkungen ihrer Politik aber weiter spüren – vom 12-Stunden-Tag bis zu den Einsparungen beim Arbeitsmarktservice. Was lief schief in den vergangenen etwas mehr als eineinhalb Jahren? Dazu hat sich Arbeit&Wirtschaft drei Maßnahmen genauer angesehen: die Arbeitszeitreform, die Sozialhilfe neu sowie die Kürzungen beim AMS. Und: Was sollte eine neue Regierung aus ArbeitnehmerInnensicht anders machen?

Text: Alexia Weiss

Johann Böhm hat nicht nur nach 1945 mitgewirkt, den ÖGB neu aufzubauen. Er hat auch das österreichische Erfolgsmodell Sozialpartnerschaft mitinitiiert und mit Leben erfüllt. Er gab auch die Maxime vor, nach der sich die ArbeitnehmerInnenvertretungen bis heute richten: Bewertet wird die Regierungspolitik nicht von einem parteipolitischen Standpunkt aus. Kriterium ist allein, was sie für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer tut.

Keine inhaltlichen Differenzen

Nach etwas mehr als eineinhalbjähriger Regierungszeit ist die ÖVP/FPÖ-Koalition diesen Mai geplatzt – allerdings nicht, weil sie sich inhaltlich nicht zusammenraufen konnte. Gescheitert ist sie an einem Skandalvideo, das FPÖ-Chef Heinz-Christian Strache bei verfänglichen Gesprächen auf Ibiza zeigte. Das führte schließlich zum Aufkündigen der Koalition durch Bundeskanzler Sebastian Kurz.

Inhaltlich formierte sich jedoch von Beginn der Legislaturperiode an Kritik – sowohl an den konkreten Regierungsprojekten als auch am Umgang mit der Sozialpartnerschaft. Getragen wurde diese Kritik nicht nur von Opposition und NGOs, sondern auch von ÖGB und AK, denn im Sinne Böhms wurde hier von der Regierung Kurz so gar nicht vorgegangen. Vor allem das Durchpeitschen einer neuen Arbeitszeitregelung, die Flexibilität allein im Interesse von Unternehmen großschreibt, erregte das Missfallen von ArbeitnehmerInnenseite, das auch bei einer Großdemo Ende Juni 2018 an die 100.000 ÖsterreicherInnen auf die Straße brachte.

Freiwilligkeit

Beschäftigte können nun vom Arbeitgeber bis zu 12 Stunden am Tag und bis zu 60 Stunden in der Woche eingesetzt werden, begrenzt nur durch eine EU-Regelung, nach der die Arbeitszeit im Durch-

schnitt von 17 Wochen 48 Stunden nicht überschreiten darf. Die Freiwilligkeit, die aufgrund der massiven Proteste schlussendlich doch noch Eingang ins Gesetz fand, ist allerdings oft schwer festzumachen „und ändert am Grundproblem nur wenig, weil prinzipiell immer eine mögliche Kündigung im Raum steht“, kritisiert der AK-Sozialexperte Josef Wöss.

Arbeitsdruck enorm erhöht

Die Auswirkungen auf ArbeitnehmerInnen sind schon spürbar. So betont AK-Präsidentin Renate Anderl: „Der 12-Stunden-Tag hat den Arbeitsdruck extrem erhöht.“ Das belegt auch eine Umfrage von SORA, die anlässlich der AK-Wahl in Wien Anfang April präsentiert wurde. Demnach gab rund ein Drittel (31,4 Prozent) der 1.002 Befragten an, dass sie vom 12-Stunden-Tag betroffen sind. Jede/r Zweite (51,6 Prozent) sagte, er oder sie leide unter zunehmendem Druck am Arbeitsplatz.

Steigender Arbeitsdruck und steigendes Arbeitstempo seien schon länger zu spüren, so Wöss. Durch die Ausweitung der Maximalarbeitszeit werde beides aber weiter verstärkt. „Das zentrale Problem beim neuen Arbeitszeitgesetz ist, dass nun generell etwas zugelassen wurde, was nur in Ausnahmefällen zulässig sein sollte“, betont Wöss. Es gehe nicht darum, dass jetzt alle Unternehmen die neuen Möglichkeiten voll ausschöpfen. „Ich glaube, das größte Problem ist die Unberechenbarkeit, die natürlich nun noch stärker wird.“ Es werde eine grundsätzliche Bereitschaft erwartet, 12 Stunden am Tag oder 60 Stunden in der Woche zu arbeiten. „Dass das zum Beispiel jene in oft unlösbare Schwierigkeiten bringt, die Betreuungspflichten haben, liegt auf der Hand.“ Hier seien vor allem Frauen betroffen. Aber auch die Planung von Zeit mit der Familie oder Freizeitaktivitäten werde erschwert.

Abfederung erreicht

In den Kollektivvertragsverhandlungen haben die Gewerkschaften in vielen Branchen eine Abfederung erreicht. In größeren Betrieben können auch Betriebsvereinbarungen für einen Schutz der Beschäftigten sorgen, da muss aber der Arbeitgeber zustimmen. In kleineren Betrieben gebe es oft aber keinen Betriebsrat, betont Wöss. Hier seien Beschäftigte besonders unter Druck. Sie können sich schlecht wehren, denn wer seinen Arbeitsplatz nicht gefährden möchte, scheut oft die Auseinandersetzung. Das zeige sich auch immer wieder in der Beratungstätigkeit der AK: Meist ersuchen Menschen erst dann um Hilfe, etwa ihre geleisteten Überstunden doch

ausbezahlt zu bekommen, wenn das Arbeitsverhältnis bereits aufgelöst wurde.

Grundsätzlich zeigt sich für Wöss: „Die Regierung hat bei der Arbeitszeitreform im Wesentlichen das umgesetzt, was von den Unternehmerverbänden maximal gefordert wurde.“ Auf die erforderliche Arbeitszeitautonomie von Beschäftigten, zum Beispiel mit Betreuungspflichten, sei dabei überhaupt nicht geachtet worden. Sie sei sogar weiter verringert worden. Hier hakt auch AK-Präsidentin Anderl ein: „Immer, wenn wir die Menschen entlasten woll-

zu wenig aus, als dass es für die Existenzsicherung aus eigener Kraft reichen würde. „Dazu kommt, dass der Kampf gegen Armut selbstverständlich etwas ist, das letztlich uns allen zugutekommt, wie zahllose Studien über die negativen Folgewirkungen von Armut zeigen“, so Wöss.

Aus AK-Sicht sind bei der Neuregelung der Sozialhilfe mehrere Punkte zu kritisieren. Wöss weist auf die massiv reduzierten Leistungen für Familien mit mehreren Kindern hin. Unsinnig findet er auch, dass im neuen Bundes-

„Der Kampf gegen Armut ist selbstverständlich etwas, das letztlich uns allen zugutekommt, wie zahllose Studien über die negativen Folgewirkungen von Armut zeigen.“

Josef Wöss, AK-Sozialexperte

ten, etwa durch die sechste Urlaubswochen oder das Recht auf die 4-Tage-Woche, war es ganz schnell vorbei mit der Flexibilität der Regierung und der Unternehmer. Genau dasselbe beim Papanonat – da warten wir noch immer auf den gesetzlichen Anspruch.“

Erhebliche Relevanz

Ein zweites Reformprojekt der ÖVP/FPÖ-Regierung, das – im Gegensatz etwa zur Steuer- oder Pensionsreform – bereits beschlossen wurde, ist die Neuregelung der Mindestsicherung, die nun wieder Sozialhilfe heißt. Was auf den ersten Blick mit ArbeitnehmerInnen-Interessen unmittelbar wenig zu tun zu haben scheint, erhalten doch Menschen, die ihren Job verloren haben, zunächst Arbeitslosengeld und später Notstandshilfe, ist bei genauerer Betrachtung doch von erheblicher Relevanz. An die 70 Prozent der Menschen, die bisher Mindestsicherung bezogen haben, sind sogenannte AufstockerInnen. Sie sind erwerbstätig oder haben ihren Arbeitsplatz verloren und beziehen eine Leistung aus der Arbeitslosenversicherung, doch ihr Verdienst oder die Sozialleistung machen

gesetz den für Ausführungsgesetzgebung und Vollzug zuständigen Bundesländern nicht mehr wie bisher Mindest-, sondern Maximalleistungen vorgeschrieben wurden. „Wenn eine Kommunalverwaltung meint, es ist sinnvoll, etwas mehr an Unterstützung zu geben, um Menschen etwa den Einstieg in den Arbeitsmarkt zu erleichtern, dann darf das nicht verboten werden“, fordert Wöss.

Abwegig sei auch, den Bezug des vollen Sozialhilfebetrags an Sprachkenntnisse auf einem bestimmten Level zu knüpfen (Deutsch B1 oder Englisch C1) und gleichzeitig das Angebot an Deutschkursen zurückzufahren. „Klarerweise sind Sprachkenntnisse wichtig“, betont Wöss. Aber dann müsse man Menschen auch die Chance geben, die Sprache zu erlernen. „Die Beseitigung von Qualifizierungsdefiziten nützt den Betroffenen, nützt der Wirtschaft und nützt dem sozialen Zusammenhalt“, so der AK-Sozialexperte.

Was dagegen passiere, sei der Aufbau von Hürden. „Und parallel dazu macht man über die Öffnung der Mangelberufsliste den Arbeitsmarkt für Menschen aus Drittstaaten auf.“

DAS
GUTE
LEBEN
FÜR
ALLE !!

—

Wöss kritisiert wie auch der AK-Ökonom Markus Marterbauer in diesem Zusammenhang auch die Kürzungen der ÖVP/FPÖ-Regierung beim Arbeitsmarktservice. Bezeichnend seien zum Beispiel die Einstellung der „Akti-on 20.000“ für die Beschäftigung von älteren Langzeitarbeitslosen und die Kürzungen bei Qualifizierungsmaßnahmen für Asylberechtigte.

Gute Konjunktur

Grundsätzlich habe die Regierung im wirtschaftspolitischen Bereich sehr wenig gemacht, hält Marterbauer fest. Das Sinken der Arbeitslosigkeit sei der guten Konjunktur zu verdanken. Die Arbeitslosenzahlen würden aber wieder steigen, sagt der Konjunktexperte voraus. Die Kürzungen beim AMS „waren genau die falsche Politik, das Gegenteil wäre notwendig gewesen. Bei guter Konjunktur ist es ja so, dass die Zahl der offenen Stellen sehr stark ansteigt, und es wäre eine gute Chance, Beschäftigungslose endlich in Beschäftigung zu bringen. Dazu braucht es aber eine aktive Arbeitsmarkt- und Vermittlungspolitik mit mehr Geld für das AMS.“ Doch genau die Gruppen, die Unterstützung bräuchten, Langzeitarbeitslose und Geflüchtete, habe man schlechtergestellt.

Reger Zulauf

12-Stunden-Tag und 60-Stunden-Woche, Einschnitte beim letzten sozialen Netz für Armutsbedrohte und das Einstellen von Qualifizierungsmaßnahmen für jene, die sich schwertun, Arbeit zu finden: Von diesen Maßnahmen sind viele Menschen selbst bedroht oder wissen, dass es auch sie treffen könnte. Und so überrascht es nicht, dass es bei der heurigen AK-Wahl regen Zulauf zu den Wahlurnen gab.

Die Wahlbeteiligung lag bei 42,3 Prozent, was eine deutliche Steigerung gegenüber dem Wert von 2014 bedeutet. Damals lag sie bei 38,6 Prozent. Gestiegen ist die Wahlbeteiligung laut einer Umfrage des Meinungsforschungsinstituts SORA in den Betrieben (plus 5,4 Prozentpunkte), aber auch per Brief (plus 4,7 Prozentpunkte). Überraschend

sei der Anstieg bei den ErstwählerInnen (plus drei Prozentpunkte).

SORA hat im Zuge der Wiener AK-Wahl eine Wahltagsbefragung durchgeführt und dabei auch die Wahlmotive abgefragt. Demnach ist die erhöhte Wahlbeteiligung als Protest gegen die Belastungen in der Arbeitswelt zu verstehen. Konkret nennt SORA als Wahlmotive die Ablehnung der Arbeitszeitpolitik der ÖVP/FPÖ-Regierung sowie die Enttäuschung darüber, dass die Koalition nichts gegen steigende Mieten unternahm. 67 Prozent mahnten leistbares Wohnen ein, fast jeder Zweite sprach sich gegen die 60-Stunden-Woche aus.

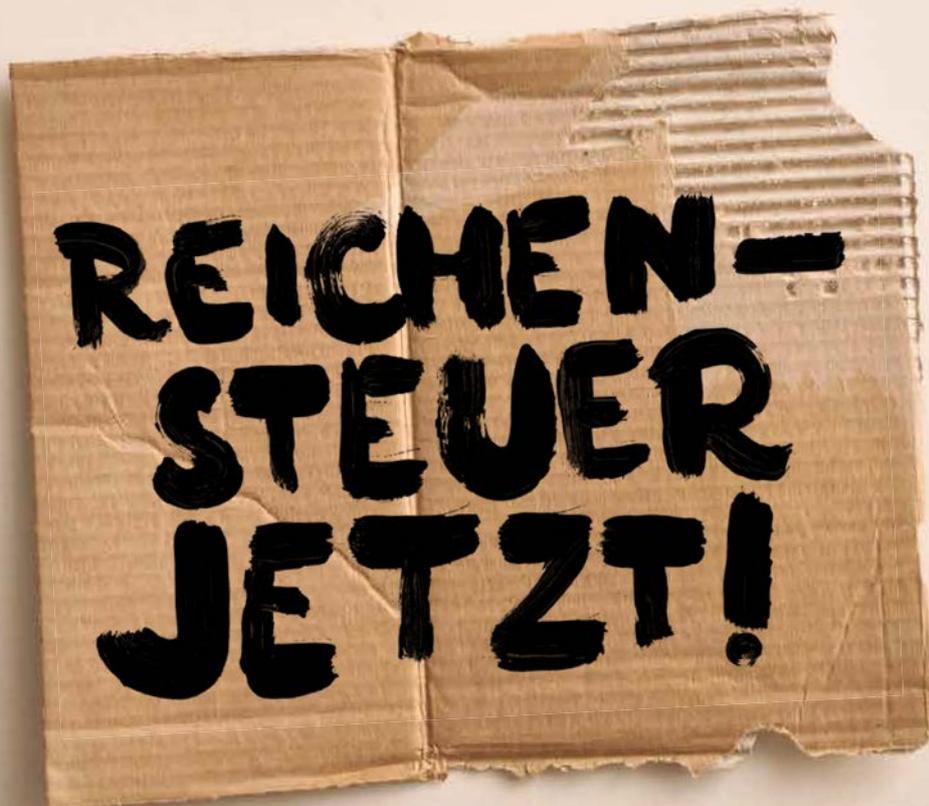
Rückhalt für AK

Die Ergebnisse der Befragung zeigen aber auch einen großen Rückhalt für die Arbeit der AK. Fast drei Viertel der befragten Wiener ArbeitnehmerInnen meinten, dass sie der Arbeiterkammer sehr oder ziemlich vertrauen. Im Vergleich dazu meinte das, angesprochen auf die Regierung, nur jeder Dritte. Politischen Par-

teien vertrauen nur 21 Prozent der Wiener Beschäftigten sehr oder ziemlich. Selbst unter NichtwählerInnen sei das Vertrauen in die AK hoch, unterstreicht SORA in seiner Umfrage-Auswertung.

Vorerst vom Tisch

Diese klaren Ansagen stärken die ArbeitnehmerInnenvertretungen, sich auch künftig für die Interessen der Beschäftigten einzusetzen. Sie haben auch der AK den Rücken gestärkt, was allfällige Pläne für eine Schwächung der Kammer selbst betrifft, die ÖVP und FPÖ, sekundiert von Industriellenvereinigung und NEOS, gehegt haben. Dass diese mit den Neuwahlen nicht vom Tisch sind, zeigt ein Antrag, den die NEOS kürzlich im Parlament eingebracht haben. Dieser sieht die Kürzung der AK-Umlage vor. Die gestiegene Wahlbeteiligung und die Ergebnisse der SORA-Umfrage zeigen jedenfalls, dass eine Schwächung der AK nicht im Sinne der ArbeitnehmerInnen selbst ist.



„Wir erwarten uns von der nächsten Bundesregierung genau das, was wir von jeder Bundesregierung erwarten – dass das gute Leben für ArbeitnehmerInnen auch ein Schwerpunkt ihrer Politik und Arbeit ist.“

Wolfgang Katzian, ÖGB-Präsident

Sowohl AK-Präsidentin Anderl als auch ÖGB-Präsident Wolfgang Katzian unterstreichen zudem die Wichtigkeit der Sozialpartnerschaft, die von der nun geplätzten ÖVP/FPÖ-Regierung vom Tisch gewischt wurde. „Der soziale Dialog ist eine der tragenden Säulen der gedeihlichen Entwicklung in unserem Land – für die Wirtschaft, für die ArbeitnehmerInnen und für den sozialen Zusammenhalt“, betont auch AK-Experte Wöss. Zuletzt sei man von diesem österreichischen Weg leider abgegangen. Das berge die Gefahr, „dass da ein nachhaltiger Schaden hinterlassen wurde“.

Augenhöhe

Im kommenden September wird nun frühzeitig ein neuer Nationalrat gewählt. Ausgehend von dem dadurch entstehenden Kräfteverhältnis wird es entweder eine neue Regierungskonstellation geben oder Österreich wird erneut von einer türkis-blauen Koalition regiert. Wie auch immer sich die nächste Regierung zusammensetzen wird: „Wir erwarten uns von der nächsten Bundesregierung genau das, was wir von jeder Bundesregierung erwarten – dass das gute Leben für ArbeitnehmerInnen auch ein Schwerpunkt ihrer Politik und Arbeit ist“, sagt Katzian. „Das bedingt eine Miteinbeziehung und Verhandlungen auf Augenhöhe sowie eine funktionierende Sozialpartnerschaft, wie das eines der grundlegenden Rezepte für den Erfolg Österreichs in der Vergangenheit war“, so der ÖGB-Präsident.

Fairness

Den Gewerkschaften sei es zwar gelungen, viele Verschlechterungen der letzten Monate (vor allem bei der Arbeitszeit) abzufedern, etwa in KV-Verhandlungen. „Der

Kurs muss sich aber dennoch wieder ändern“, so Katzian. Er wünscht sich „verantwortungsvolle Politik und Fairness gegenüber ArbeitnehmerInnen – für ein gutes Leben für alle“.

AK-Präsidentin Anderl sieht in der aktuellen Krise eine „Chance für eine Kurskorrektur“. „Wir brauchen eine Politik, die die Interessen der ArbeitnehmerInnen wieder in den Mittelpunkt rückt, statt drüberzufahren. Das, was da in den letzten 17 Monaten beschlossen wurde, war selten gut für die arbeitenden Menschen.“ Die AK-Präsi-

beitszeitreform nötig. Überlange Arbeitszeiten dürften nicht zur Regel werden. Im Gegenteil: Eine progressive Arbeitszeitpolitik müsse auch auf die berechtigten Wünsche der Beschäftigten eingehen. Hier kommt auch das Thema Arbeitszeitverkürzung ins Spiel. Wöss verweist auf Dänemark, ein wirtschaftlich starkes Land, das erfolgreich sei – trotz im Vergleich zu Österreich deutlich kürzerer durchschnittlicher Arbeitszeiten.

AK-Präsidentin Anderl spricht schließlich auch ein Thema an, das von der ÖVP/FPÖ-Regierung schließlich gar nicht umgesetzt wurde: die Steuerreform. „Wir wollen, dass Millionäre und Konzerne endlich ihren Steuerbeitrag leisten, statt sich weiter durchzuschummeln.“ Hier setzt auch AK-Ökonom Marterbauer an: Beim Entwurf, der von Türkis-Blau vorgelegt worden sei, werde der gesamte Budgetspielraum für Steuerersenkungen benutzt. Es bräuchte stattdessen aber Spielraum für die Bekämpfung der Klimakrise, für Arbeitsmarktpolitik, für Bildungspolitik und Pflege

„Wir brauchen eine Politik, die die Interessen der ArbeitnehmerInnen wieder in den Mittelpunkt rückt, statt drüberzufahren.“

Renate Anderl, AK-Präsidentin

dentin gibt sich dabei kämpferisch. „Wir brauchen keine 60-Stunden-Woche und auch keine Arbeit auf Abruf. Wir wollen mehr Planbarkeit und kürzere Arbeitszeiten.“

Kurswechsel

Sozialexperte Wöss plädiert dafür, in der Mindestsicherung das Ziel der Armutsvermeidung wieder in den Vordergrund zu stellen, ohne Benachteiligung zum Beispiel von kinderreichen Familien. Er wünscht sich Qualifizierungsmaßnahmen vor allem für jene, die sich schwer tun, Arbeit zu finden. Maßnahmen wie die Beschäftigungsaktion 20.000 müssten wieder ins Leben gerufen werden. Vor allem aber sei ein Überdenken der Ar-

beitszeitreform nötig. Überlange Arbeitszeiten dürften nicht zur Regel werden. Im Gegenteil: Eine progressive Arbeitszeitpolitik müsse auch auf die berechtigten Wünsche der Beschäftigten eingehen. Hier kommt auch das Thema Arbeitszeitverkürzung ins Spiel. Wöss verweist auf Dänemark, ein wirtschaftlich starkes Land, das erfolgreich sei – trotz im Vergleich zu Österreich deutlich kürzerer durchschnittlicher Arbeitszeiten.

– das seien die Zukunftsthemen. Ein großer Wurf einer Steuerreform sollte zudem eine klug austarierte CO₂-Steuer vorsehen. Vermögens- und Erbschaftsteuern wiederum würden mithelfen, die Ungleichheit zu verringern.

Um es mit dem früheren Präsidenten des ÖGB Johann Böhm zu sagen: Welche Farben auch immer die neue Regierung haben wird – Gewerkschaften und AK werden sie daran messen, was sie für die ArbeitnehmerInnen tut.

Schreiben Sie Ihre Meinung an die Autorin
alexia.weiss@yahoo.com
 oder die Redaktion
aw@oegb.at



WIR
REDEN
MIT!

Die gescheiterte Regierung versuchte die AK als Sprachrohr der Beschäftigten zurückzudrängen. Die Neuwahlen sind die Chance auf eine Kurskorrektur.

Christoph Klein
Direktor der AK Wien

Valentin Schwarz
Mitarbeiter in der Direktion der AK Wien

Die AK? Da gehe ich hin, wenn ich in der Arbeit ein Problem habe. So sehen das viele ArbeitnehmerInnen. Sie nehmen die AK in erster Linie als Beratungsstelle und, im Notfall, als Anwältin für ihre Rechte wahr. Und das ist sie auch: Die AK hat letztes Jahr rund zwei Millionen Beratungen durchgeführt. Vor Gericht oder bei Behörden hat sie 531,2 Millionen Euro für ihre Mitglieder herausgeholt. Die Anlässe dafür waren beispielsweise arbeitsrechtliche Konflikte oder Insolvenzen. Erstritten hat die AK auch bessere Pensionsansprüche, Unfallrenten oder Pflegegeld-Einstufungen, die erst juristisch durchgesetzt werden mussten.

Die AK ist die Anwältin der Beschäftigten, die ihnen gegenüber ArbeitgeberInnen, Sozialversicherung oder Finanzamt zu ihrem Recht verhilft. Doch sie ist noch mehr als das. In vielen Fällen schützt und vertritt sie die ArbeitnehmerInnen, lange bevor es zu Konflikten kommt.

Wenn Gesetze entstehen, bringen die AK-ExpertInnen die Interessen der Beschäftigten ein. Das betrifft alle wichtigen Lebensbereiche von ArbeitnehmerInnen, vom Arbeits- und Steuerrecht bis hin zu Gesundheit, Bildung, Wohnen und KonsumentInnenschutz. Im letzten Jahr hat die AK auf Bundesebene rund 300 Gesetze und Verordnungen und Hunderte mehr auf Landesebene begutachtet.

Ob es um das Steuersystem, leistbares Wohnen oder bessere Arbeitszeiten geht: Gelungene Politik für die ArbeitnehmerInnen braucht durchdachte Konzepte und gründliche Faktenkennt-

nis. Die AK beauftragt deshalb wissenschaftliche Studien oder führt diese selbst durch. Oft sind ihre ExpertInnen die einzigen Gegenstimmen zu den Think-Tanks von Industrie und Großunternehmen.

Das aufgebaute Wissen gibt die AK an ihre Mitglieder weiter: Mit vielen Bildungsangeboten vermittelt die AK BetriebsrätInnen wertvolles Know-how und fördert ArbeitnehmerInnen bei ihrer persönlichen Qualifizierung. Zahlreiche kostenlose Ratgeber, Broschüren und die umfassende Website runden das Angebot ab. So baut die AK Gegenmacht zum neoliberalen Zeitgeist auf.

Die AK berät also in arbeitsrechtlichen Fragen und unterstützt bei Bedarf auch vor Gericht. Bei neuen Gesetzen redet sie im Sinn ihrer Mitglieder mit. Auf wissenschaftlicher Ebene bildet sie einen fundierten Gegenpol zu den Denkfabriken der MillionärInnen und

Konzerne. Mit ihrem Gesamtangebot bildet die AK also einen Schutzschirm für die ArbeitnehmerInnen in Österreich, wie es ihn international kaum sonstwo gibt. Doch auch über ihre eigenen Angebote hinaus setzt sich die AK an vielen Schalthebeln für die Interessen ihrer Mitglieder ein – zumindest bis vor Kurzem.

Ob Krankenversicherung, Nationalbank oder Pleitefonds: In zahlreichen Institutionen fallen Entscheidungen, die das Leben der ArbeitnehmerInnen betreffen. Die gescheiterte türkis-blaue Bundesregierung hat die AK aus vielen dieser Einrichtungen mit ihrer Expertise hinausgedrängt. Die Interessen der ArbeitnehmerInnen sind nun an etlichen Schlüsselstellen der Republik nicht mehr vertreten.

Gesundheit in falschen Händen

Unter dem Deckmantel einer Zusammenlegung hat die Regierung die ArbeitnehmerInnen in ihrer eigenen Krankenversicherung entmachtet. Gut 150.000 ArbeitgeberInnen haben dort nun gleich viele Stimmen wie die 3,8 Millionen ArbeitnehmerInnen plus Angehörigen – und im Dachverband sogar die Mehrheit.

Welche Behandlungen und Medikamente bekommen die Versicherten? Gibt es Selbstbehalte? Wie viel Zeit können sich die ÄrztInnen für Untersuchungen nehmen? Diese Fragen sind für die Gesundheit der ArbeitnehmerInnen höchst relevant. Über die Antworten bestimmten ihre eigenen VertreterInnen bislang mit Zwei-Drittel-Mehrheit. Demokratisch gewählt wurden sie über die AK-Wahl. Nun stehen die Beschäftigten unter Kuratel der ArbeitgeberInnen. Diese sind selbst anderswo versichert. Ergo haben sie kein Eigeninteresse an guten Leistungen, sehr wohl aber daran, ihre Dienstgeberbeiträge zu senken und damit Leistungen zu reduzieren.

Passend dazu hat die Regierung auch einen Selbstbehalte-Paragrafen geschaffen. Diese können nun einfacher eingeführt werden als früher – etwa beim Arztbesuch, bei dem die Versicherten bislang nichts aus eigener Tasche bezahlen müssen. Dass ihre eigene

Krankenkasse schon bald gegen ihren Willen Selbstbehalte verlangen könnte, dürfen sich die ArbeitnehmerInnen nicht gefallen lassen.

Geht ein Unternehmen pleite, ist das für die Beschäftigten oft eine existenzielle Gefahr. Sie verlieren ihren Arbeitsplatz und müssen um noch offene Ansprüche – etwa ausständige Löhne oder Gehälter – bangen. Dabei hilft ihnen der Insolvenzschutzverband für ArbeitnehmerInnen (ISA), der gemeinsam von AK und ÖGB geführt wird. Der ISA berät die Beschäftigten und fordert ihre Ansprüche beim Insolvenzentgeltsicherungsfonds, meist „Pleitefonds“ genannt, ein.

Der Pleitefonds wird von allen Unternehmen befüllt und springt ein, wenn ein Arbeitgeber zahlungsunfähig wird. Damit die Abwicklung möglichst reibungslos und rasch gelingt, saß bislang ein AK-Vertreter bzw. eine AK-Vertreterin im Aufsichtsrat des Pleitefonds. Die Regierung hat diese Vertretung nun von dort entfernt, während weiterhin gleich zwei UnternehmerInnen vertreten sind. Wichtige Entscheidungen über die Ansprüche von ArbeitnehmerInnen in Krisensituationen fallen künftig nun also ohne deren Mitsprache. Das ist ein Fehler, der schleunigst rückgängig gemacht werden muss.

Geldpolitik ohne Beschäftigte

Auch bei den großen wirtschaftspolitischen Fragen sollen die ArbeitnehmerInnen nichts mitzureden haben. Anders lässt sich nicht erklären, dass die bisherige Regierung den einzigen AK-Vertreter aus dem **Generalrat** der Oesterreichischen Nationalbank (OeNB) entfernt hat. Die dortigen Diskussionen über aktuelle volkswirtschaftliche Herausforderungen sind eine wichtige Entscheidungsgrundlage für den OeNB-Gouverneur, der in der Europäischen Zentralbank (EZB) die Geldpolitik im Euroraum mitbestimmt.

Die Geldpolitik der EZB und die Lohnpolitik der Gewerkschaften hängen eng zusammen. Sie zu koordinieren ist beispielsweise wichtig, um die Inflation zu kontrollieren. Daran hatte die alte Regierung kein Interesse mehr. Große Unternehmen und Banken sind weiterhin im Generalrat vertreten, der Wirt-

schaftskammer-Präsident wurde sogar zum OeNB-Präsidenten gemacht. Dank der Neuwahl haben die ArbeitnehmerInnen nun die Chance, ihre Mitsprache zurückzufordern.

Perspektive nur auf Unternehmen

Ähnlich eingeschränkt war der Blick der alten Regierung auf das Zukunftsthema Digitalisierung. Sie interessierte sich nur für die Perspektive der Unternehmen. Das zeigte sich bei der Gründung einer neuen Digitalisierungsagentur. Diese soll die unterschiedlichen AkteurInnen im Bereich Digitalisierung vernetzen und die Regierung beraten. In den Beirat setzte die Koalition als stimmberechtigte Mitglieder ausschließlich UnternehmerInnen und WissenschaftlerInnen. Die AK, die große Expertise zur Frage aufgebaut hat, wie die Digitalisierung zum Wohl der ArbeitnehmerInnen gestaltet werden kann, wurde ignoriert.

Nun besteht die Gefahr, dass die Agentur die Regierung ausschließlich in eine Richtung berät: wie die Digitalisierung genützt werden kann, um zu rationalisieren und Arbeitsplätze einzusparen, nicht um Arbeitsbedingungen zu verbessern oder neue Möglichkeiten zur Mitbestimmung für die Beschäftigten zu schaffen.

All diese Angriffe dürfen sich die ArbeitnehmerInnen nicht bieten lassen. Wenn sie nicht wollen, dass ihre Interessen in der Republik unter die Räder kommen, müssen sie ihren Protest zeigen. Mit dem Scheitern der Regierung besteht die Chance, den falschen Kurs der letzten eineinhalb Jahre zu korrigieren. Jede kommende Regierung wird sich daran messen lassen müssen, ob sie die Schiefelage in der Republik und ihren Institutionen korrigiert. Die AK als Schutzschirm der Beschäftigten muss gestärkt und gehört statt attackiert und verdrängt werden.

Schreiben Sie Ihre Meinung an die Autoren
christoph.klein@akwien.at
valentin.schwarz@akwien.at
 oder an die Redaktion
aw@oegb.at

Zurechtgebogen

Die Sozialversicherung leistet gute Dienste. Die gescheiterte türkis-blaue Regierung beschloss eine neue Struktur – und baute den Einfluss der Arbeitgeber aus.

Christian Resei, Sophia Fielhauer-Resei
Freie JournalistInnen

Es ist schon skurril. Das österreichische Sozialversicherungssystem wird international hoch geschätzt, doch die nun geplatze türkis-blaue Regierung setzte alles daran, dieses bewährte System zu zerstören und nur nach ihren Interessen zu verändern. Ein kleiner Rückblick: Noch im November 2018 wurde der Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger mit der Verdienstmedaille der **IVSS** (Internationale Vereinigung für Soziale Sicherheit) ausgezeichnet.

Diese Ehrung ist etwas Besonderes, noch nie wurde sie einer Organisation zuteil. Hans-Horst Konkolewsky, Generalsekretär der IVSS, bezeichnete die österreichische Sozialversicherung als weltweit vorbildlich, den bevorstehenden Umbau kann er nicht nachvollziehen. „Es ist schon schwer zu verstehen, warum man etwas, das von außen gesehen gut funktioniert, infrage stellt“, erklärte er anlässlich der Ehrung.

Sowohl in Deutschland als auch in Österreich ist die Selbstverwaltung ein Erfolgsmodell: Beide Länder sind im internationalen Vergleich gut aufgestellt, doch Österreich hat noch den Vorteil, „dass die Rentenleistungen im Vergleich zu Deutschland viel besser sind“, beschrieb der IVSS-Generalsekretär Ende 2018 die Fakten. Sein damaliger Rat: „Ich glaube, man kann stolz sein auf das, was man hier erreicht hat, man sollte es auch deutlich der Politik darstellen, aber andererseits sollte man sich nicht dahinter verstecken.“

Die Stärken des österreichischen Sozialversicherungssystems sind einfach aufzuzählen: Es gehört zu den besten Gesundheitssystemen auf der Welt, gleichzeitig halten sich die Verwaltungskosten auf niedrigem Niveau. Jung und Alt können mit leistungsstarker und flächendeckender Versorgung rechnen, und zwar unabhängig von Einkommen oder Krankheitsgeschichte. Doch anstatt mit kleinen Adaptionen für konkrete Verbesserungen zu sorgen, setzte Türkis-Blau viel Energie daran, dieses System in seinen Grundfesten zu erschüttern und umzufärben.

Umbau

So wurde beschlossen, dass aus 21 Sozialversicherungsträgern fünf werden. Was als Vereinfachung verkauft wurde, diente vor allem einer Umkehr der Macht- und Gestaltungsverhältnisse. In Zukunft herrscht bei den Spitzengremien der fusionierten Sozialversicherungsträger der ArbeiterInnen und Angestellten nämlich Parität. Das heißt, sie sind aus gleich vielen VertreterInnen der ArbeitnehmerInnen und ArbeitgeberInnen besetzt – eigentlich eine Aushöhlung des Prinzips der Selbstverwaltung.

Die VertreterInnen der ArbeitnehmerInnen werden von der Arbeiterkammer entsprechend dem Ergebnis der AK-Wahlen und die VertreterInnen der ArbeitgeberInnen von der Wirtschaftskammer nach dem Ausgang der WKO-Wahlen bestimmt – jeweils werden sechs Arbeitgeber- und sechs ArbeitnehmerInnenvertreter entsandt.

AK-Experte Wolfgang Panhölzl zeigt die Dimensionen klar auf: Die Arbeiter-

kammer repräsentiert rund sieben Millionen Versicherte (rund 3,6 Millionen ArbeitnehmerInnen und ihre Angehörigen). Dagegen vertritt die Wirtschaftskammer rund 155.000 Arbeitgeber. Über 100.000 davon sind Mitglieder des Wirtschaftsbundes, einer Vorfeldorganisation der ÖVP. „Daher dominiert der Wirtschaftsbund auch die WKO-Wahlen und entsendet alle sechs Arbeitgebermandate in den Verwaltungsrat der ÖGK (so wurden die neun Gebietskrankenkassen zusammengefasst, Anm.).“ Für einen Beschluss im Verwaltungsrat ist eine Mehrheit von sieben Stimmen erforderlich. „Ohne Zustimmung des Wirtschaftsbundes kann in der Sozialversicherung der ArbeitnehmerInnen künftig nicht einmal ein Pflaster bestellt werden.“ Das bedeutet: Die rund 100.000 Mitglieder des Wirtschaftsbundes übernehmen tatsächlich die Kontrolle der Kranken-, Pensions- und Unfallversicherung von Österreichs ArbeitnehmerInnen. „Die sind jedoch keineswegs unmündig und bedürfen keiner Patronanz der Arbeitgeber“, hält Panhölzl fest.

Selbstbestimmung

Selbstverwaltung in der Sozialversicherung heißt nämlich eigentlich: Die Versicherten haben ihre Krankenversicherung selbst in den Händen, aus ihrer Mitte schicken sie – nach demokratischen Regeln gewählte – VertreterInnen in das Spitzengremium (Verwaltungsrat). Das gilt übrigens auch in der Selbstständigenversicherung, sie ist zu 100 Prozent selbst verwaltet. Auch die Beamtensozial-

versicherung ist mit sieben DienstnehmervertreterInnen und drei DienstgebervertreterInnen besetzt.

Vor allem aber widersprechen die Ziele des Wirtschaftsbundes den Zielen einer guten Sozialversicherung. „Es ist höchste Zeit, alle Kraft in die Entlastung der österreichischen Wirtschaft zu stecken“, lautet die aktuelle Losung des Wirtschaftsbundes. Daher macht sich die Organisation für die Senkung der Abgabenquote auf 40 Prozent, eine deutliche Reduktion der Körperschaftsteuer und der Kapitalertragsteuer und für eine Senkung der Sozialversicherungsbeiträge stark. Gibt es weniger Geld, verschlechtern sich tendenziell die Leistungen. Eine derartige Agenda ist mit den Zielen einer sozialen Krankenversicherung unvereinbar.

Drei-Klassen-Medizin

Derzeit besteht mittels e-card ein selbstverständlicher Zugang zu einem der weltweit besten Gesundheitssysteme – unabhängig vom Einkommen. Doch ob das weiterhin so bleibt, ist offen. Josef Probst, der Generaldirektor des Hauptverbands der österreichischen Sozialversicherungsträger, warnt vor einer Drei-Klassen-Medizin. Beim 70-Jahre-Jubiläum des Hauptverbands erklärte er: Die besten Leistungen bekomme man (dann) in der Beamtenversicherung, „wo auch die Politiker versichert sind“. Dahinter folgten die Selbstständigen und Bauern, und ganz unten kämen alle anderen ArbeitnehmerInnen in der künftigen Österreichischen Gesundheitskasse (ÖGK).

Allgemein erweckte die aufgeklärte türkis-blaue Regierung den Eindruck, jede kritische Betrachtung ihrer Politik im Keim zu ersticken. Ziel war es, möglichst viel Macht aufzubauen und andere Einflüsse zurückzudrängen. Nicht allein die Kassen bekamen neue Führungsgremien, in denen Arbeitgeber-Lobbys das Sagen haben. Auch an anderen Stellen sollte die Vertretung der ArbeitnehmerInnen möglichst zusammengestutzt werden. Das reicht von der angedrohten Kürzung der Arbeiterkammer-Umlage über die ebenfalls angedrohte Abschaffung des Jugendvertrauensrats bis zur rücksichtslosen Einführung des 12-Stunden-Arbeitstags. Daneben wurde lang-

sam der Staat umgebaut, und Schlüsseljobs wurden an regierungsnahe Persönlichkeiten vergeben.

Auch wollte die alte Regierung sich die Macht über Fakten einverleiben. Eine unabhängige Statistik-Institution, die politisch relevante Zahlen nüchtern nach außen kommuniziert – wie eben die Statistik Austria – wurde als Unsicherheitsfaktor für die politische Agenda ausgemacht. Vorrangiges Ziel von Türkis-Blau: die Absetzung des Generaldirektors.

Unerwünschte Meinungen

Andere Meinungen waren oft unerwünscht: Während einer normalen Begutachtungsfrist eines Gesetzesentwurfs konnten Sozialpartner und andere ExpertInnen ihre Meinung kundtun, die Stellungnahmen waren auf der Parlaments-Homepage zu sehen. Doch unter Türkis-Blau waren die kritischen Stellungnahmen einfach verschwunden oder sie wurden erst gar nicht hochgeladen. Beispiel: Ende Februar 2018 wurde eine kritische Einschätzung zur Senkung der Familienbeihilfe für EU-Ausländer von der Homepage entfernt – sie kam übrigens aus dem Außenministerium. Beim Entwurf für

das Standortentwicklungsgesetz des Wirtschaftsministeriums übermittelte der **Verfassungsdienst** seine Rechtsansicht nur mehr „intern“, das Umweltministerium tat seine Meinung „persönlich“ kund. Was nicht ins Regierungskonzept passte, das wurde langsam mundtot gemacht, gelöscht oder umgeschrieben.

Diese nun hoffentlich vergangene Ära, in der alles von oben herab diktiert wurde, zeigt, wie wichtig es ist, dass die ArbeitnehmerInnen mit der Arbeiterkammer eine wichtige Kämpferin für ihre Interessen haben. Die Versuche, sie mundtot zu machen, indem man mit der Kürzung der Mittel droht, sind aber keineswegs abgewendet. Denn nicht nur ÖVP und FPÖ wollen die AK zusammenstutzen, auch die NEOS sind dieser Idee nicht abgeneigt.

Blogtipp
„Die oberen 100.000“:
tinyurl.com/y3r7b4j2

Schreiben Sie Ihre Meinung an die AutorInnen
resei@gmx.de
oder an die Redaktion
aw@oegb.at

Mythos „Funktionärsmilliarde“



5,7 Mio. Euro

**Aufwand für
Selbstverwaltungsgremien**

= 0,009%

61,5 Mrd. Euro

Gesamtaufwand

Quelle: Jan Pazourek (NÖGKK)

Schwarz-blaue Wiederholungen

Niemand kann überrascht sein: Bereits die erste ÖVP/FPÖ-Koalition war eine Regierung des Sozialabbaus, der Privatisierungen und der Geschenke für Unternehmen.

Michael Bonvalot

Freier Journalist und Autor

Unterirdisch mussten die Regierungsmitglieder von ÖVP und FPÖ im Jahr 2000 über den Wiener Ballhausplatz zur Angelobung schleichen. Oben demonstrierten Tausende gegen die erste schwarz-blaue Koalition nach 1945. Viele DemonstrantInnen waren vor allem besorgt über die Regierungsbeteiligung der FPÖ. Und bereits zu diesem Zeitpunkt war klar, dass nun auch massive soziale Kürzungen folgen würden. Das Regierungsprogramm war diesbezüglich eindeutig – und vieles darin klingt erstaunlich vertraut.

Vereinbart wurden im Koalitionsübereinkommen von ÖVP und FPÖ aus dem Jahr 2000 unter anderem der Abbau von 9.000 Stellen im öffentlichen Dienst, Pensionskürzungen, Studiengebühren, die Beschaffung von Mili-

tärflugzeugen (Eurofighter) sowie die Verpflichtung von langzeitarbeitslosen Menschen zur Zwangsarbeit, unter anderem bei der Denkmalpflege. Unternehmen hingegen konnten sich die Hände reiben. Vorgesehen waren unter anderem die Privatisierung der Krankenanstalten, der P.S.K. und großer Teile der Bundesimmobiliengesellschaft. Weitere Geschenke waren über die Senkung der Lohnnebenkosten vorgesehen, unter anderem bei der Unfall- und der Arbeitslosenversicherung. Umweltverträglichkeitsprüfungen sollten „abgeschlankt“ werden.

Dieses Programm durfte niemanden überraschen. Die ÖVP galt und gilt seit ihrer Gründung als zentrale Partei der österreichischen UnternehmerInnen. Doch auch die FPÖ war bereits in ihrer Gründungsphase eine Partei industrieller Kreise, insbesondere aus Oberösterreich und Südosterreich. Besonders of-

fensichtlich wurde diese Ausrichtung, nachdem 1986 Jörg Haider die Partei übernommen hatte. Im Jahr 1993 veröffentlichte Haider sein Buch „Die Freiheit, die ich meine“. Die Lektüre lohnt noch heute, denn es zeigt, dass über alle Brüche hinweg die wirtschaftspolitischen Positionen der FPÖ konstant (neoliberal) geblieben sind. Das meiste, was Haider 1993 schrieb, bildet die aktuelle programmatische Grundlage der FPÖ, wie ihr Wirtschaftsprogramm von 2017 zeigt.

Attacken auf den Sozialstaat

In Haider's Thesen finden sich etwa massive Attacken auf den Sozialstaat und auf die angeblich „Faulen, die Nichtstuer, die Sozialschmarotzer“. Der Abschied vom „Versorgungsstaat“ sei „unvermeidbar“. Statt staatlicher Pflege sollten Familien die Pflege übernehmen – was vor

allem auf Kosten von Frauen gehen würde. Das Arbeits- und Sozialrecht würde „die Mobilität der Arbeitnehmer“ hemmen, die Arbeiterkammer solle sich auflösen, Privatisierungen seien „unumgänglich“. Mit diesem Programm wurde Jörg Haider zum Darling österreichischer UnternehmerInnen. Hohe Summen sollen geflossen sein, die der FPÖ ihren Aufstieg ermöglichten. Parallelen zum „Ibiza-Video“ sind offensichtlich.

Im Februar 2000 war die FPÖ schließlich am Ziel ihrer Wünsche und in der Regierung angekommen. Doch schnell geriet sie in eine Krise, und im September 2002 eskalierte die Situation auf einem Parteitag im steirischen Knittelfeld. Es folgten Neuwahlen. Zu diesem Zeitpunkt hatten ÖVP und FPÖ bereits eine ganze Reihe von Kürzungen auf den Weg gebracht. Bereits im Jahr 2000 folgte eine erste „Pensions(kürzungs)reform“. Das Pensionsantrittsalter wurde um eineinhalb Jahre angehoben, bei vorzeitigem Pensionsantritt wurden die Abschläge erhöht, die Pensionen für Witwen/Witwer wurden gekürzt; und die vorzeitige Alterspension bei geminderter Erwerbsfähigkeit wurde abgeschafft.

Im Gesundheitsbereich kamen Ambulanzgebühren, die nach längerem Hin und Her vom Verfassungsgerichtshof aufgehoben wurden. Für Beschäftigte gab es Verschlechterungen etwa durch die Abschaffung des Postensuchtages bei Selbstkündigung oder die Einführung der Urlaubsaliquotierung. Erste Privatisierungen wurden auf den Weg gebracht. Und schließlich wurde die Einführung von Studiengebühren beschlossen.

Blaupause

Durch die Probleme der FPÖ hielt die erste schwarz-blaue Koalition zwar nicht lange. Doch nach den Neuwahlen im Jahr 2002 beschlossen die beiden Parteien eine neuerliche Zusammenarbeit. Und das Koalitionsübereinkommen von 2002 war eine Blaupause der Pläne aus dem Jahr 2000. So wurde etwa die Anzahl der Stellen, die im öffentlichen Dienst abgebaut werden sollten, auf 10.000 erhöht. Die Ladenöffnungszeiten sollten verlängert werden. Und schließlich war schon da-

mals geplant, die Notstandshilfe abzuschaffen und in eine „Sozialhilfe neu“ zu integrieren. Für Unternehmen gab es weitere Privatisierungen: Auf der Liste standen unter anderem die Voest, die Post, die Bergbau Holding, die Stromversorger sowie die Bundeswohngesellschaften (Buwog). Die ÖBB sollten in ihre Einzelteile zerlegt werden.

Umstrittene Pensionskürzungen

Der zentrale soziale Angriffspunkt der neu gewählten Regierung war aber eine weitere drastische Pensionskürzung, die sogenannte Pensionsreform 2003. Der ÖGB mobilisierte im Juni 2003 zu einem eintägigen Generalstreik und einer Großdemonstration in Wien. Als Reaktion auf die Mobilisierung der Gewerkschaft wurden einige Elemente aus dem Entwurf zurückgenommen. Doch wesentliche Kürzungen wurden von ÖVP und FPÖ umgesetzt. Diese Pensionskürzungen wurden von keiner nachfolgenden Regierung zurückgenommen und haben daher bis heute drastische Auswirkungen für Beschäftigte.

Im November 2003 folgte dann der mehrtägige Streik der EisenbahnerInnen. Die Regierung wollte massiv Stellen kürzen, in das Dienstrecht der KollegInnen eingreifen, die Befugnisse der PersonalvertreterInnen beschneiden und die ÖBB in kleine Einheiten aufspalten – eine übliche Vorbereitung für (Teil-)Privatisierungen. Wesentliche Teilerfolge konnten mit dem Streik erreicht werden, die Aufspaltung der ÖBB wurde allerdings umgesetzt. Die damals in der Gewerkschaftsbewegung debattierte Frage, ob und welche Erfolge bei einer Fortführung und Ausweitung des Streiks möglich gewesen wären, muss offenbleiben.

Nach dem Generalstreik und dem EisenbahnerInnenstreik von 2003 hatte die schwarz-blaue Regierung jedenfalls eindeutig ihre Dynamik verloren. Unmittelbar spürbare soziale Kürzungen für die breite Masse der Bevölkerung wurden nach dem Jahr 2003 kaum noch umgesetzt. 2005 folgten dann auch noch die Spaltung der FPÖ und die Gründung des kurzlebigen BZÖ durch Jörg Haider. Dennoch war die schwarz-blau/orange Koalition auch nach den

Streiks von 2003 nicht untätig. Einerseits wurden (Teil-)Privatisierungsvorhaben umgesetzt, etwa der Voest, der Post oder der Buwog. Mit Korruptionsfällen im Zuge dieser Privatisierungswelle beschäftigten sich die Gerichte teils bis heute.

Andererseits profitierten Unternehmen und Konzerne von massiven Steuergeschenken: 2005 wurde der Steuersatz für die Körperschaftsteuer gesenkt, die Gruppenbesteuerung, ein Steuerzuckerl für Konzerne, wurde ausgeweitet. Die Folge laut einer Analyse im Blog der Arbeit&Wirtschaft aus dem Jahr 2013: „Während die ArbeitnehmerInnen-Belastung Rekordwerte erreichte, waren die Unternehmensteuern in Prozent des Gesamtsteueraufkommens nach der Regierungszeit von Schwarz-Blau an der letzten Stelle aller Industriestaaten.“ Und schließlich gab es auch Angriffe auf einzelne Bevölkerungsgruppen. So wurden 2005 zahlreiche Verschlechterungen für geflüchtete Menschen und Menschen mit Migrationshintergrund durchgesetzt.

Mit den Nationalratswahlen im Oktober 2006 war Schwarz-Blau/Orange vorerst am Ende. Tatsächlich abgewählt wurde der „Bürgerblock“ allerdings nicht: ÖVP, FPÖ und BZÖ hätten gemeinsam eine Mehrheit im Parlament gehabt. 2017 versuchten ÖVP und FPÖ nun einen neuerlichen Anlauf, das Ergebnis ist bekannt. Aufschlussreich ist, wie sehr die Programme und das Koalitionsabkommen der beiden Parteien aus dem Jahr 2017 den Vorhaben der 2000er-Jahre gleichen. Nicht zuletzt daran zeigt sich, dass soziale Kürzungen durch ÖVP und FPÖ keine Betriebsunfälle oder Umfalle sind – sondern das grundlegende Programm der beiden Parteien darstellen. Ob eine mögliche Neuaufgabe von Schwarz-Blau weitere soziale Kürzungen umsetzen kann, wird allerdings nicht zuletzt an den Gewerkschaften und den sozialen Bewegungen liegen.

Schreiben Sie Ihre Meinung an den Autor
michael@bonvalot.net
 oder die Redaktion
aw@oegb.at

Gut gewappnet

Interview: Nani Kauer
Fotos: Michael Mazohl

Arbeit&Wirtschaft: „In der Wirtschaft der Zukunft sitzen Arbeitnehmer und Arbeitgeber in einem Boot“: Das meint der Generalsekretär der Industriellenvereinigung, Christoph Neumayer. Teilen Sie diese Auffassung?

Barbara Teiber: Nein, diese Auffassung teile ich nicht. Was den Wirtschaftsstandort betrifft, gibt es durchaus manches, was man ähnlich sehen kann. Klar ist aber: Es gibt nach wie vor einen Interessengegensatz zwischen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern sowie Arbeitgebern. Deshalb haben beide Gruppen ja auch unterschiedliche Interessenvertretungen.

Ein Beispiel: Die Wirtschaft lobbyiert für niedrigere Unternehmenssteuern, niedrigere Gewinnsteuern. Bei der von Türkis-Blau geplanten Steuerreform konnte man sehr gut sehen, dass man den Wünschen der Industriellen entsprechen wollte. Diese wären nämlich über Gebühr entlastet worden. Wir sind dafür – wenn überhaupt –, die Gewinnsteuern nur für jene zu senken, die investieren und Arbeitsplätze schaffen.

Sehr bedenklich finde ich, dass gerade Herr Neumayer fordert, die Arbeiterkammerumlage zu senken. In Wahrheit ist das einer der stärksten und besten Gründe dafür, warum es eine starke AK und starke Gewerkschaften braucht – gerade bei einer Regierung, die einseitig die Interessen der Arbeitgeber vertritt, wie es bei Türkis-Blau der Fall war. In dieser Situation wäre es der Industriellenvereinigung offenbar besonders recht gewesen, uns zu schwächen. Und noch ein Satz zum sachlichen Diskurs: Für den sind wir jeder-

Die AK war von der geplatzten türkis-blauen Regierung von Anfang an massiven Angriffen ausgesetzt, insbesondere drohte man mit der Senkung der Beiträge. Auch die Entmachtung der ArbeitnehmerInnen in der Sozialversicherung bringt eine Schwächung ihrer Interessen. Was das für konkrete Folgen hat und wie AK und ÖGB dagegenhalten, erläutert Barbara Teiber, Bundesvorsitzende der GPA-djp und Vizepräsidentin der Wiener AK.

zeit zu haben. Aber die Industrie will einseitig alles diktieren, und dafür stehen wir nicht zur Verfügung.

Neumayer argumentiert, die Senkung der AK-Umlage wäre sozial und im Sinne von GeringverdienerInnen. Auch in der Wirtschaft würden die Großen mehr zahlen als Kleine. Ist der Vergleich zulässig?

In der Wirtschaftskammer zahlen auch die Kleinen wesentlich mehr als gering verdienende ArbeitnehmerInnen für ihre Interessenvertretung. Das sieht man auch daran, dass die Wirtschaftskammer ein doppelt so hohes Budget hat wie die Arbeiterkammer, obwohl sie viel weniger Mitglieder zu vertreten hat. Es ist eine Chuzpe und Überheblichkeit von Arbeitgebervertretern und Industrie, sich herauszunehmen, hier überhaupt mitreden zu wollen. Nur die AK-Mitglieder können über die Zukunft der Arbeiterkammer entscheiden.

Wir wissen von sämtlichen Befragungen, dass die Mitglieder zu ihrer Arbeiterkammer stehen. Im Vertrauensindex schneidet die Arbeiterkammer so gut ab wie kaum eine andere Instituti-

on. Dass die Wirtschaft uns ausrichtet, wie wir zu agieren haben, ist offen gesagt eine Frechheit.

Die AK hat in vielen Lebensbereichen große Bedeutung, allen voran in der Arbeitswelt. Was würde die Kürzung der finanziellen Mittel konkret bedeuten?

Das würde weniger Service und Beratung bedeuten: in der klassischen Arbeitsrechtsberatung, aber auch im Bereich des Konsumentenschutzes, der Konsumentenschutzpolitik und -beratung. Da ist klar, dass sich die Wirtschaft eine schwache Arbeiterkammer wünscht.

Die türkis-blaue Ex-Regierung hat von der AK – von anderen Sozialpartnern auch – ein Sparprogramm verlangt, und die AK hat ein Zukunftspaket vorgelegt. Wurde darüber jemals gesprochen, ist die AK eingeladen worden, gab es dazu einen Dialog?

Wir wollen unseren Mitgliedern noch mehr Service anbieten. Das Zukunftspaket, das wir beschlossen haben, sieht neue Leistungsschwerpunkte in den Schlüsselbereichen Bildung, Pflege und Wohnen

Barbara Teiber ist seit 2018 Bundesvorsitzende der GPA-djp. Die Interessen der ArbeitnehmerInnen vertritt sie auch als Vizechefin der Wiener Arbeiterkammer. 2001 stieg sie als Frauensekretärin in die GPA-djp ein, wurde 2007 Leiterin der Bundesfrauenabteilung und 2008 Regionalgeschäftsführerin der GPA-djp Wien. Von 2013 bis Juni 2018 war sie SPÖ-Gemeinderatsabgeordnete in Wien und von 2015 bis 2018 Mitglied der Bundesgeschäftsführung der GPA-djp. Sie ist zudem Mitglied des ÖGB-Bundesvorstands.



vor. Außerdem investieren wir 150 Millionen Euro in eine Digitalisierungs-offensive. Die Regierung hat darauf nicht einmal reagiert.

Auch das zeigt, dass die türkis-blaue Regierung den Dialog mit der AK und mit den Gewerkschaften generell verweigert hat und unsere Expertise nicht nutzen wollte. Was die Politikgestaltung betrifft, hat es noch nie eine Regierung gegeben, die die Interessenvertretungen der ArbeitnehmerInnen derart gering geschätzt hat wie Türkis-Blau. Das ist ein Unterschied zu Schwarz-Blau 1, da gab es zumindest Dialogrunden, zu denen alle Sozialpartner eingeladen wurden. Ich appelliere daher jetzt schon dringend an die kommende Regierung, auf den Weg des Dialogs zurückzukehren.

Die GPA-djp verhandelt jährlich rund 170 Kollektivverträge für Hunderttausende Beschäftigte, ist da das neue Klima auch spürbar? Hatten die Arbeitgeber auch in den Branchen Rückenwind durch die bisherige Regierungslinie, die Interessen der ArbeitnehmerInnen zurückzudrängen?

Unverschämte Arbeitgeber sind zum Teil noch unverschämter geworden. Das hat dazu geführt, dass es auch von unserer Seite rauer und schärfer geworden ist, was die Forderungen und Konflikte betrifft. Als die Regierung das Arbeitszeitverlängerungsgesetz inklusive 60-Stunden-Woche beschlossen hat, haben wir angekündigt, Branche für Branche für Gerechtigkeit zu sorgen.

Unser Punkt war und ist: Wenn sich Wirtschaftskammer und Industriellenvereinigung aus der Sozialpartnerschaft bzw. dem Dialog verabschieden, weil sie ohnehin von der Regierung alles erfüllt bekommen, was sie bestellen, dann werden sie ja wohl nicht glauben, dass die Beschäftigten sich das so gefallen lassen. Die Antwort ist, dass die KV-Verhandlungen härter geführt werden, und das ist auch passiert: Wir haben so viele Betriebsversammlungen, Proteste, Aktionen auf der Straße, in den Betrieben, Warnstreiks, Streikandrohungen gemacht wie schon viele Jahre nicht mehr. Wir waren damit auch erfolgreich: Wir haben hohe KV-Abschlüsse erreicht und durchaus einiges im Bereich der Arbeitszeit.

Stichwort 1,50-Euro-Jobs für AsylwerberInnen, die Herbert Kickl vor seinem Ausscheiden als Innenminister noch auf den Weg gebracht hat: Sehen Sie die Gefahr eines Niedriglohnsektors, ein Vorantreiben der Spaltung von ArbeitnehmerInnen-Gruppen?

Absolut, und es ist gut, dass diese Regelung vom Interims-Innenminister wieder zurückgenommen wurde. Einerseits ist es sehr erfreulich, dass wir es inzwischen in fast allen Branchen geschafft haben,



„Die Zwangsfusion der Krankenkassen ist ein Milliardengrab.“

Barbara Teiber

1.500 Euro Mindestgehalt umzusetzen. In ganz vielen Branchen sind wir schon über 1.700 Euro Einstiegsgehalt. Andererseits sehen wir, dass die Regierung versucht hat, auf die Beschäftigten – und auch auf jene, die aktuell nicht im Erwerbsleben stehen – den Druck zu erhöhen, wirklich unter allen Bedingungen Jobs anzunehmen beziehungsweise zu behalten. Stichwort Lohndumping – dafür sehe ich mehrere Indizien. Das eine ist die Verschlechterung der Mindestsicherung – ein Gesetz, das wir damals miterkämpft haben und das dazu geführt hat, dass erstmals die Zahl der von Armut betroffenen Menschen zurückgegangen ist; ein Gesetz, das es geschafft hat, Armut zu bekämpfen und nicht Arme.

Aber auch die Neuregelung der Rot-Weiß-Rot-Card ist ein Indiz dafür: Da-

durch ist es ab jetzt möglich, dass Beschäftigte aus Nicht-EU-Ländern als Schlüsselarbeitskräfte ins Land geholt werden, die um über 500 Euro weniger verdienen sollen als ansässige Arbeitskräfte – das ist Lohndumping, das wird den Druck auf die Beschäftigten weiter erhöhen. Ich finde es hier besonders perfide, dass die FPÖ das mitgetragen hat, deren politische Inhalte eigentlich nur aus Ausländerhetze und Flüchtlingshetze bestehen; dass mit der FPÖ ein Gesetz beschlossen wurde, mit dem ausländische Arbeitskräfte ins Land kommen können und ein Niedriglohnsektor geschaffen wird, ganz wie es sich die Wirtschaftseliten wünschen.

Beim Umbau der Sozialversicherung sind die Kräfteverhältnisse völlig auf den Kopf gestellt. IV-Neumayer findet es gerechtfertigt, Parität in den Gremien herzustellen, weil die Arbeitgeber gleich viel zahlen wie die Arbeitnehmer. Klingt doch aufs Erste nicht unlogisch?

Das ist schlichtweg falsch. Die Unternehmer zahlen weniger als ein Drittel der Einnahmen der Krankenversicherung. Es stellt sich außerdem die Frage, von wem der sogenannte Arbeitgeberanteil überhaupt erwirtschaftet wird. Das Wesentliche ist, dass Arbeitgeber gar nicht in der neuen Österreichischen Gesundheitskasse versichert sind und trotzdem bestimmen sollen, welche Leistungen geboten und welche nicht geboten werden. Das ist eine Verhöhnung der Mitbestimmung in der Selbstverwaltung.

Die ArbeitnehmerInnen werden entmachteter, die Verhältnisse werden umgekehrt. Welche konkreten Verschlechterungen befürchten Sie?

Die Zwangsfusion der Krankenkassen ist ein Milliardengrab. Dem Gesundheitssystem wird wahnsinnig viel Geld entzogen, das dann bei der Versorgung der Patientinnen und Patienten fehlen wird. Auch bei der angekündigten Steuerreform würde ohne Gegenfinanzierung durch die Senkung der Sozialversicherungsbeiträge zusätzlich Geld fehlen. Wir befürchten, dass die Folge Leistungskürzungen sein werden. Das kann zum Beispiel konkret heißen, dass sich die Versicherten auf längere Wartezeiten einstellen müssen, da es weniger Vertragsärzte geben wird. Auch

Selbstbehalte sind nicht auszuschließen, dann muss man beim Arztbesuch zusätzlich zur e-card das Geldbörsel oder die Kreditkarte mitnehmen.

Früher oder später werden dann die ersten Stimmen aufkommen, die eine Auslagerung und Privatisierung der eigenen Einrichtungen der Sozialversicherung fordern. Weil die Regierung die Vertretung der ArbeitnehmerInnen in der Selbstverwaltung jetzt entmachtet hat, können wir das dann nicht mehr verhindern.

Die Einzigen, die über die Sozialversicherungsreform jubeln, sind die Wirtschaft und die Industrie – nicht verwunderlich, denn Gesundheit ist ein Milliardengeschäft. Besonders Privatversicherungen freuen sich schon auf neue Kundinnen und Kunden, die mit dem öffentlichen Gesundheitssystem dann nicht mehr zufrieden sind. Mein Fazit ist: Offenbar waren der Regierung die Interessen der Privatversicherungen wichtiger als die Interessen der Menschen.

Bei der noch von Türkis-Blau präsentierten Steuerreform, Stichwort Senkung der Körperschaftsteuer, wären auch die Unternehmen die Gewinner gewesen.

Die Parteispenden hätten sich hier für manche mehr als ausgezahlt. Durch die generelle Körperschaftsteuer-Senkung würde für sie das Geld vielfach zurückkommen. Österreich wäre damit beim Thema Steuerdumping Teil des Problems und nicht Teil der Lösung. 80 Prozent der Körperschaftsteuer-Senkung würden an nur 5 Prozent der größten Unternehmen gehen. Mit solchen Maßnahmen würde die Entwicklung, die wir ohnehin schon haben, verstärkt: nämlich, dass die Reichen reicher werden und dass die Schere zwischen Arm und Reich weiter auseinandergeht.

Bei allen Entlastungswünschen – ein gewisses Steueraufkommen ist ganz wichtig, gerade für ArbeitnehmerInnen. Denn damit werden wichtige Leistungen wie Kindergärten, Bildung, Gesundheit, Pensionen, Verkehrsinfrastruktur finanziert. Je mehr man Steuern für die Unternehmen senkt, umso weniger leisten sie einen Beitrag für eine moderne Infrastruktur und einen gut



„Die AK wird jedenfalls weiterhin mit voller Kraft für ihre Mitglieder da sein.“

ausgebauten Sozialstaat. Die Beschäftigten zahlen 80 Prozent des Steueraufkommens, wären mit der vorgelegten Reform aber nicht einmal zu 60 Prozent entlastet worden. Die Arbeitgeber wiederum wären über Gebühr entlastet worden – das ist nicht fair. Diese Vorgangsweise würde dazu führen, dass sich die Beschäftigten diese Steuerreform im Endeffekt selbst bezahlen.

Zur AK-Wahl: Die Beteiligung ist gestiegen, das spricht für hohe Zustimmung zur Arbeit der AK, genau wie die Mitgliederbefragungen. Was wird die AK aus dieser erfreulichen Entwicklung machen?

Jede Regierung sollte ein solches Ergebnis ernst nehmen. Es zeigt, dass die Beschäftigten hinter ihrer Arbeiterkammer stehen. Das Ergebnis zeigt auch, dass sie sich eine starke Interessenvertretung wünschen, gerade in Zeiten, in denen die Regierung einseitig Politik für Arbeitgeber macht – oder besser gesagt: gemacht hat.

Die bisherigen Regierungsparteien, Wirtschaft und Industrie wären also gut beraten, sich genau zu überlegen, wen sie hier attackieren. Auch das in den Raum gestellte Verändern des Wahlprozederes – dass man die Betriebssprengel infrage stellt – ist absurd. Genau dort ist die Beteiligung am höchsten. Wenn sich ÖVP und FPÖ Sorgen um die Wahlbe-

teiligung machen, sollten sie sich besser mit der Wirtschaftskammerwahl auseinandersetzen, da ist die Beteiligung geringer. Die Arbeiterkammer wird jedenfalls weiterhin mit voller Kraft für ihre Mitglieder da sein. Die Beschäftigten können sich sicher sein, dass AK und Gewerkschaften hinter ihnen stehen.

Die ehemalige Regierung hat eine Reihe von weiteren Maßnahmen beschlossen, die Verschlechterungen in vielen Bereichen bringen, wie Sozialhilfe, Familienbonus oder Streichung der Aktion 20.000. Was kann man dem entgegensetzen?

Was mich sehr positiv stimmt, ist, dass die Beschäftigten ihre Interessenvertretungen stärken: Wir haben starke Ergebnisse bei den AK-Wahlen, und wir haben im ÖGB Mitgliederzuwächse wie schon lange nicht. Wir wachsen, das gibt Kraft und Zuversicht für die Zukunft. Diese Stärke hilft uns dabei, Dinge durchzusetzen, zum Beispiel Karenzzeitenanrechnung oder Papamonat in Kollektivverträgen. Wir werden mehr und stärker, wir sind gut gewappnet für zukünftige Konflikte.

Schreiben Sie Ihre Meinung an die Autorin
kauer.nani@gmail.com
 oder die Redaktion
aw@oegb.at



BITTE EINE
SPENDE

Existenz und Chancen sichern?

Mit der Abschaffung der Mindestsicherung durch Türkis-Blau ist die Sozialhilfe aus dem vorigen Jahrhundert zurück. Aber schlimmer, als sie je war.

Martin Schenk

Sozialexperte der Diakonie, Mitbegründer der Armutskonferenz, Lehrbeauftragter der Fachhochschule Wien

Der Teufel steckt im Detail. Zum Beispiel sitzt er im Deckel für das Wohnen. Miriam ist Alleinerzieherin von drei Kindern in Salzburg. Als teilzeitbeschäftigte Handelsangestellte verdient sie 850 Euro netto im Monat. Sie erhält 450 Euro an Unterhaltsleistungen für ihre Kinder. Bisher hat Miriam eine monatliche Aufstockung durch die Mindestsicherung inklusive Wohnbedarfshilfe erhalten.

Es betrifft viele

Mit der Neuregelung verringert sich diese Unterstützung trotz Alleinerzieherinnenbonus. Miriam verliert im Monat 300 Euro. Laut Gesetz können die Landesre-

gierungen den Wohnkostenbeitrag zwar um 30 Prozent erhöhen. Doch selbst das deckt immer noch nicht die realen Wohnkosten in Teilen Österreichs, besonders in den Städten, ab. Viele Tausende Notfälle sind da zu erwarten, wie die Wohnungslosenstellen in Vorarlberg und Tirol vorrechnen. Hier sieht man auch, dass das viele trifft, auch die BezieherInnen, die einen Job haben wie Miriam.

Noch ein versteckter Teufel

Zusätzlich versteckt sich ein Teufel in einem generellen Deckel, der für alle Erwachsenen im Haushalt gilt und Menschen mit Behinderungen oder pflegende Angehörige treffen kann. Sara lebt mit intellektueller Beeinträchtigung gemeinsam mit ihrer Mutter Claudia in einem Haushalt in Wien. Die beiden Frauen bestreiten ihren Lebensunterhalt mit der kleinen Pension von Claudia und der er-

höhten Mindestsicherungsleistung, die Sara aufgrund ihrer Beeinträchtigung zu steht. Wenn das Kind älter als 18 Jahre wird, kann es zu massiven Kürzungen und großen Problemen kommen.

Gefahr der Willkür

Weiters diabolisch: Die Bestimmung fällt weg, dass Entscheidungen am Amt maximal drei Monate dauern dürfen. Dabei hilft doppelt, wer früh hilft. Das wäre also der vernünftige Zugang. Ohne Regel aber wird Soforthilfe unmöglich und Ämterwillkür Tür und Tor geöffnet. Auch die Verpflichtung, schriftliche Bescheide auszustellen, ist gestrichen. Ein schriftlicher Bescheid sollte eigentlich selbstverständlich sein, besonders wenn es um so eine sensible Grundrechtsmaterie geht.

Dieses Beispiel ist symptomatisch für den Geist, den dieses Sozialhilfegesetz atmet. Mit dem neuen Gesetz ist die

Sozialhilfe aus dem vorigen Jahrhundert zurück – aber schlimmer, als sie es je war. Wir haben es hier mit einem Gesetz zu tun, das auf österreichweiter Ebene für uns alle kein Existenzminimum mehr festlegt. Das wird zur Folge haben, dass es eine so uneinheitliche und zersplitterte Sozialhilfe geben wird wie noch nie, also das genaue Gegenteil von „bundeseinheitlich“, wie man es mit der Mindestsicherung angestrebt hatte. Es gibt keine Mindeststandards mehr, sondern nach unten ungesicherte Kann-Leistungen.

Diese „Sozialhilfe“ kennt auch in ihren Zielen keine Armutsbekämpfung mehr. Das ist aus dem Text entfernt worden. Die Leistungshöhe, Wohnbeihilfen, Hilfen für alleinerziehende Eltern: All das sind „Kann“-Bestimmungen. In der Zusammenschau mit der Beschneidung der Leistungen der Arbeitslosenversicherung samt Notstandshilfe bedeutet das, dass sozialstaatliche, statussichernde Leistungen in mehr „almosenhafte“, bevormundende Fürsorge überführt werden. Die Systematik – Almosencharakter verstärken, soziale Grundrechte schwächen – kennen wir aus Großbritannien oder aus Deutschland.

Fürsorge statt moderner Zugang

Die Umwandlung einer Versicherungsleistung in eine Fürsorgeleistung mit weniger Rechten – das ist Hartz IV. Die Elemente sind ähnlich: keine nach versicherungsrechtlichen Kriterien berechneten Ansprüche, sondern Bedürftigkeitsprüfung; rascher Zugriff auf Ersparnis; kein Erwerb von Pensionsansprüchen für die Dauer des Bezugs, was bei der Beschneidung der Notstandshilfe und dem erzwungenen Wechsel in die Sozialhilfe der Fall wäre; Streichung kollektivvertraglich abgesicherter Arbeitsmarktprojekte für ältere Arbeitnehmer, stattdessen Ein-Euro-Jobs mit Zwangscharakter. Alle diese Vorschläge zusammen führen dazu, dass soziale Unsicherheit bis weit in die unteren Mittelschichten verbreitet wird.

Die fatale Nebenwirkung von Hartz IV in Deutschland war ein riesiger Niedriglohnmarkt, der prekäre und ausgrenzende Arbeitsbedingungen für

Hunderttausende gebracht hat. So wie jetzt in Österreich hat die Debatte auch dort angefangen. Geendet hat sie nicht auf dem Sprungbrett, sondern in einer Armutsfalle: Nur zwölf Prozent steigen nach dem Bezug von Hartz IV in bessere Arbeitsverhältnisse auf. Man fällt schnell hinein und kommt umso schwerer wieder heraus. Durch die Einschnitte werden die Mindestlöhne unter Druck gesetzt. Wenn die Leute Angst haben, in der Armutsfalle zu landen, nehmen sie jeden Job an und sind auch bei Gehaltsforderungen den Arbeitgebern stärker ausgeliefert, nur um nicht „in den Keller zu fallen“. Working Poor ist das große verschwiegene Thema hinter der Debatte um die Mindestsicherung.

Systembruch

Es handelt sich hier um einen Systembruch zulasten der Sicherheit der unteren Mittelschichten. Um das zu verstehen, müssen wir zunächst die Schwerpunktsetzung des österreichischen Sozialstaatsmodells betrachten. Die kontinentaleuropäischen Sozialstaaten wie Deutschland und Österreich fußen auf dem **Bismarck'schen** Sozialversicherungssystem. Die Idee bestand darin, dass das letzte soziale Netz der Mindestsicherung nur dann zur Anwendung kommt, wenn das vorgelagerte Netz versagt. Damit soll der Mittelschicht eine Statussicherheit gewährt und ein ökonomischer wie gesellschaftlicher Absturz verhindert werden.

Das hiesige Sozialstaatsmodell versuchte die Mittelschichten zu schützen und möglichst lange zu stützen. Wenn wir jetzt aber dieses vorgelagerte Netz der Notstandshilfe abschaffen, die Arbeitslosenversicherung und die damit verbundenen sozialen Rechte schwächen, gleichzeitig die Mindestsicherung weiter kürzen, dann passiert es, dass Menschen bis weit in die Mittelschicht hinein viel schneller in das letzte Fürsorgetz fallen als früher.

„Es ist einfach demütigend. Am Amt hat eine Sachbearbeiterin zu mir gesagt: ‚Warum suchen Sie sich keinen Mann, der Sie erhält?‘“ Dreißig Prozent bekommen nicht, was ihnen helfen würde. Eine aktuelle Studie zeigt, dass jeder Dritte die Mindestsicherung

nicht abholt. Einer der Gründe: soziale Scham. Eine Bedrohung, die leicht in der Luft, aber schwer auf Körper und Geist liegt. Soziale Scham ist nicht bloß ein harmloses persönliches Gefühl. Beschämung ist eine soziale Waffe der jeweils Mächtigeren. Man wird zum Objekt des Blickes anderer gemacht. Die Studie zeigt auch, was den Unterschied macht, was die Inanspruchnahme erhöht: Rechtssicherheit, Verfahrensqualität, Anonymität, bürgerfreundlicher Vollzug, Verständlichkeit, Information und De-Stigmatisierung der Leistung.

Die Einführung der Mindestsicherung hat zu einem deutlichen Rückgang der Nicht-Inanspruchnahme geführt. So haben 2009 114.000 Haushalte (51 Prozent) trotz Berechtigung Sozialhilfe nicht in Anspruch genommen. Mit Einführung der Mindestsicherung sank dieser Wert bis 2015 auf 73.000 Haushalte (30 Prozent). Wäre die Inanspruchnahme „vollständig“, würde die Armutsgefährdung in Österreich um fast ein Prozent sinken.

Bittstellende Untertanen?

Mit der Entscheidung, im Armen keine verachtenswerte oder zu bemitleidende Person zu sehen, hat der Soziologe **Georg Simmel** zu Beginn des 20. Jahrhunderts einen entscheidenden Fortschritt im Reden und Denken über Armut erzielt. „Jedes Verteilungssystem, das Personen voraussetzt, die als arm definiert sind, tendiert dazu, Einfluss auf die Selbstachtung und Fremdeinschätzung der abhängigen Person zu nehmen“, konstatiert Wirtschaftsnobelpreisträger **Amartya Sen**, Ökonom und Ethiker. Wenn Gnaden- und Almosenblick beherrschend ist, verwandelt es Bürger mit sozialen Rechten in bittstellende Untertanen. Wegschauen hilft nicht. Denn der Teufel steckt im Detail. Und bekanntermaßen schläft er nicht.

Webtipp:

www.armutskonferenz.at

Schreiben Sie Ihre Meinung an den Autor

martin.schenk@diakonie.at

oder an die Redaktion

aw@oegb.at

Status quo

Jüngste „Reformen“ zulasten der ArbeitnehmerInnen

- Aufkündigung des sozialen Dialogs**
- 12-Stunden-Tag**
- Kürzungen der Mindestsicherung statt Armutsbekämpfung**
- Erhöhung des Lohndrucks**
- Geld für Integration in den Arbeitsmarkt gestrichen**
- Streichung der erfolgreichen „Aktion 20.000“ für Langzeitarbeitslose**
- Familienbonus für Besserverdienende statt Ausbau der Kinderbetreuung für alle**
- Kostenintensiver Umbau der Krankenversicherung,**
ArbeitnehmervertreterInnen können faktisch nicht mehr das Leistungsangebot aktiv mitgestalten
- Steuergeschenke für Unternehmen und Landwirtschaft**

vadis!

Standpunkte von AK und Gewerkschaften

Wiederherstellung einer Kultur des sozialen Dialogs,
Rückkehr zum österreichischen Erfolgsweg
der Sozialpartnerschaft!

Sozialpolitik ...

- Bekenntnis zu einem starken Sozialstaat
- Faire Verteilung der Arbeit, planbare Arbeitszeiten, eine sechste Urlaubswoche
- Armut bekämpfen und nicht die Armen
- Gleicher Lohn für gleiche Arbeit
- Maßnahmen für leistbares Wohnen
- Investitionen in soziale Infrastruktur
- Mitbestimmung 4.0 bzw. die gemeinsame Gestaltung der Arbeitswelt

Bildung ...

- Chancengleichheit ohne Barrieren im Bildungssystem

Außerdem ...

- Mehr Steuergerechtigkeit
- Sicherung der hohen Standards im Arbeitsrecht, KonsumentInnenrecht & Umweltbereich
- Integration statt Ausgrenzung
- Sozial gerechte Klimapolitik

Die AK hat erreicht

Sprachrohr für die Beschäftigten
in der Politik, Wirtschaft und Wissenschaft

Über 530 Mio. € für ihre Mitglieder erstritten
das sind über 2 Mio. € pro Arbeitstag

Über 2 Mio. Beratungen jährlich durchgeführt
das sind über 8.000 täglich

Arbeitsmarktpolitik ...

100.000 Arbeitslose

WENIGER

**SOZIAL
DIALOG**

Nur nicht im eigenen System . . .

Türkis-Blau sprach vom Sparen. Gemeint damit waren aber nur die anderen, denn die Regierung gönnte sich viel Geld für PR und Personal.

Zoran Sergievski

Freier Journalist und Lektor

Da sage noch wer, nur die Wirtschaft schaffe Arbeit: In den Kabinetten von Schwarz-Blau arbeiteten – bis zum „Ibiza-Video“ – über 270 Personen. Das macht 110 Beschäftigte oder fast 70 Prozent mehr als unter der letzten großen Koalition. Sie waren vor allem um die Generalsekretäre und Medienapparate der Kabinette gruppiert. 56 weitere Planstellen sah Hartwig Lögers (ÖVP) Budget noch vor.

**Anstieg des Personals
in den Kabinetten**

+110

Beschäftigte

fast 70 Prozent mehr

Das erste Kabinett unter Sebastian Kurz (ÖVP) gab letztes Jahr 44,8 Millionen Euro für Öffentlichkeitsarbeit aus, berichtete unter anderem das „profil“ im März. ÖVP-geführte Ressorts spendierten rund 24,8 Millionen, blaue knapp 20 Millionen Euro. Letztere beauftragten gerne FPÖ-nahe Agenturen mit der Erstellung von Logos und Kampagnen ohne Ausschreibung.

Obwohl rechtlich fragwürdig, ist die Vergabepaxis üblich. SPÖ und ÖVP haben in der Vergangenheit Werbeaufträge ähnlich zugeteilt. Blaue Agenturen aber kämpfen immer wieder mit Plagiatsvorwürfen und geraten öfter ins Visier der Justiz; ganz ohne versteckte Kameras. Man nehme die Firma, die das Logo für die Grenzschutzstaffel der Polizei „Puma“ entwickelte: Sie soll Geld für die FPÖ Kärnten gewaschen haben. Weiters musste Ex-FPÖ-Chef Heinz-Christian Strache erst im Frühjahr seinen Think-Tank umtaufen. Das Institut trug denselben Namen wie eine deutsche Firma. Dies und die Denkfabrik von Kurz sind im Budget noch nicht bedacht.

Beispiel Inserate: „Sparfuchs“ vorne

Mit den PR-Kosten wuchs ihr klassischer Kern mit, die Inserate. Was die FPÖ früher bekrittelt, trug sie nun als Juniorpartner mit: Das Gesamtvolumen der durch Schwarz-Blau geschalteten Anzeigen stieg 2018 um 16 Prozent im Vergleich zum Vorjahr.

Damit wurde – mal wieder – besonders der Boulevard bedacht. Die „Krone“ erhielt 4,7 Millionen, „Österreich“ 3,6 Millionen und „Heute“ 3,5 Millionen Euro. Ausgerechnet „Sparfuchs“ Löger ist hier vorne dabei: Laut Medientransparenzdatenbank inserierte das Finanzministerium vergangenes Jahr um 7,2 Millionen Euro. Anfang 2019 zahlte es gut 700.000 Euro für „Entlastung Österreich“, eine Kampagne zur Steuerreform.

Neu sind Zuwendungen an rechtsextreme Postillen. So erhielten das Ma-

Quellen: profil, Medientransparenzdatenbank

Inseratenregen

Kronen Zeitung **4,7 Mio. Euro**

Österreich **3,6 Mio. Euro**

Heute **3,5 Mio. Euro**

Rechtsextreme Postillen

47.000 Euro

gazin „alles roger?“ und der Linzer „Wochenblick“ letztes Jahr 59.800 Euro. Diese Medien, von aktiven und ehemaligen FPÖ-Kadern getragen, druckten etwa Rekrutierungsaufrufe der Polizei unter Herbert Kickl (FPÖ).

Es ist unklar, ob die geheimen Sonderbudgets von Ex-Bundeskanzler Kurz und Ex-Vizekanzler Strache in diese öffentlichen Zahlen einfließen. Allein für den Ballhausplatz wurden gut 51 Millionen Euro „Körpergeld“ projektiert. ExpertInnen sehen diese unüblich hohe Summe als weiteren Beleg dafür, dass Kurz massiv auf PR setzte.

Ein Beispiel dafür war die EU-Ratspräsidentschaft. Die Eröffnungsfeier in Schladming fiel mit 2,7 Millionen Euro vergleichsweise üppig aus. Die gesamte Präsidentschaft kostete 97 Millionen Euro. Das war mehr als doppelt so viel wie die von Kurz angekündigte „Spar-Präsidentschaft“. Dabei hatten schon im Mai 2018 alle Ministerien eine realistischere Einschätzung von 92 Millionen Euro Gesamtkosten abgegeben.

Auf Kritik reagierte die Koalition patzig. So meinte Regierungssprecher

Launsky-Tieffenthal, man sei unter den erwarteten Kosten des „Zentralbudgets“ geblieben. Solche Aussagen kosten die SteuerzahlerInnen 42.000 Euro im Monat (Stand: Ende Mai) – so viel kriegt Launskys Team. Das Ergebnis der Ratspräsidentschaft blieb derweil überschaubar.

Fachkräfte: jammern und kürzen

Noch widersinniger erscheinen die massiven Ausgaben im Lichte der Wirtschafts- und Sozialpolitik. So wurde die Regierung nicht müde, „Einsparungen im System“ und den Fachkräftemangel zu beschwören; selbst wenn dieser so nicht existierte. Vielmehr herrschen schlechte Löhne vor (siehe „Der Fachkräfte-Blues“, A&W 1/2019). Trotzdem erweiterte man zuletzt die Mangelberufeliste von 27 auf 45. Gleichzeitig setzte Schwarz-Blau die gesetzlichen Mindestgehälter für diese herab. Und das, obwohl Strache noch im Wahlkampf 2017 gegen Lohndumping gewettert hatte. Pikant: Die Liste enthält klassischerweise Baujobs. Es geht hier also auch um Branchen, die Strache wenige Monate zuvor der vermeintlichen Oligarchin empfahl, um gemeinsam die Strabag auszustechen.

Außerdem halbierte die Regierung die AMS-Mittel für das Integrationsjahr auf 50 Millionen Euro. Damit sah sich das AMS gezwungen, Fördermaßnahmen für Fachkräfte im zweistelligen Millionenbereich teilweise oder ganz zu streichen. Um es zynisch zu formulieren: Irgendwoher müssen ja die Mittel für PR-Maßnahmen und die Steuerreform kommen ... Es ist übrigens nicht ausgeschlossen, dass Straches Körbergeld von seinem Nachfolger oder seiner Nachfolgerin weiterverwendet wird.

Die Logik: Klassenkampf

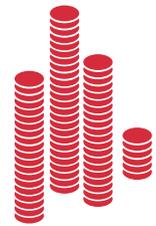
Jede wirtschafts- und sozialpolitische Maßnahme der Regierung – erschien sie noch so unlogisch – diente einer klaren Zielgruppe. Die gesetzliche Kürzung der Mindestgehälter ist ein gutes Beispiel, denn sie begünstigte Unternehmen. Diese können ebenfalls den imaginierten Fachkräftemangel beklagen, müssen aber nichts dagegen tun, erst recht keine höheren Gehälter oder Abgaben bezahlen.

Ausgaben für Öffentlichkeitsarbeit 2018

44,8 Mio. EURO



ÖVP-geführte Ressorts: 24,8 Millionen
FPÖ-geführte: knapp 20 Millionen



Schon im Regierungsprogramm stand, dass der Wirtschaftsstandort wettbewerbsfähiger werden müsse. Tatsächlich fällt der Begriff „Wirtschaft“ 253-mal, während zum Beispiel „Arbeitnehmer“ nur 29-mal erwähnt wird. Die „Sozialpartner“ scheinen fünfmal auf 182 Seiten auf, die „Arbeiterkammer“ einmal. „Gewerkschaft“ und „ÖGB“ fehlen völlig.

Stichwortsuche



Regierungsprogramm 182 Seiten

Wirtschaft	253 Treffer
Arbeitnehmer	29 Treffer
Sozialpartner	5 Treffer
Arbeiterkammer	1 Treffer
Gewerkschaft, ÖGB	leider kein Treffer

Auch der Standort sollte als Staatsziel in die Verfassung. Ihm ordnete Schwarz-Blau alles unter, vom Arbeitsmarkt über Bildung und Justiz bis zur Umwelt. Letztere wurde nicht umsonst dem Tourismus unterstellt. Es gab kein Kapitel im FP-VP-Pakt, in dem nicht die Interessen der Betriebe zulasten der Beschäftigten und Arbeitslosen gewichtet wurden. Man nehme die Sozialversicherungsreform: Vordergründig argumentierte die Regierung gerne mit Effektivität und einheitlichen Leistungen. Allerdings soll die ohnehin günstige Verwaltung eingespart werden. Im Hinblick auf die AUVA strebte man Lohnnebenkostensenkungen an, also eine Verringerung der Beiträge auf Firmenseite. Gespart werden sollte in allen Systemen, nur nicht im eigenen. Die Logik, der das Kabinett Kurz hier folgte, ist eindeutig: Klassenkampf von oben.

Die Antwort: Klassenkampf

Das Ganze garnierte man mit den üblichen Parolen zur „illegalen Migration“ und anderen unhaltbaren Thesen. Wurde ein Sparplan bekannt, folgte oft eine rassistische Nebelgranate. Als das Vorhaben zur Notstandshilfe durchsickerte, tauchte zum Beispiel das „Ali-Video“ auf. Plötzlich redeten alle vom „e-card-Betrug“, der in der Realität nicht mal ein Randphänomen ist.

Auch der 12-Stunden-Tag wurde trotz Protesten durchgepeitscht. Über 100.000 Menschen demonstrierten vor einem Jahr dagegen – ohne gehört zu werden. Eine Umfrage des Sozialministeriums zur Sache bleibt unter Verschluss. Die AK selbst war durch die angedrohte Abschaffung der gesetzlichen Mitgliedschaft sowie die Senkung der Kammerumlage bedroht. Weil die Regierung keine Argumente gegen die Leistungen der Kammer hatte, schimpfte sie auf den „Zwang“. Dabei machten die NEOS mit. So könnte Kurz nächstes Mal auch mit den Liberalen regieren, um sein Programm fortzusetzen. Er schloss aber auch einen Neustart mit der FPÖ nicht aus. Norbert Hofer und seine Partei der „Einzelfälle“ stehen bereit. Alle Angriffe und PR-Tricks gilt es zu entlarven und an den Urnen, in den Betrieben, auf der Straße umzudrehen. Es braucht Klassenkampf von unten.

Schreiben Sie Ihre Meinung an den Autor
zoran.sergievski@gmx.de
oder an die Redaktion
aw@oegb.at

Intransparent und mächtig

Die Industriellenvereinigung finanziert eine Reihe von Think-Tanks, die Türkis-Blau die Politik eingeflüstert haben. Ein Überblick.

Christian Bunke
Freier Journalist

Es war ein klarer Wunschzettel, welcher der nun vorerst gescheiterten schwarz-blauen Bundesregierung aufgetragen worden war. Lobbyorganisationen wie die Industriellenvereinigung (IV) forderten lautstark einen grundlegenden Umbau des österreichischen Sozialstaates im Sinne der Großunternehmen. Der 12-Stunden-Tag und die Angriffe auf die Mindestsicherung sind zwei bekannte Schlagworte. So wundert es nicht, dass es am 18. Mai IV-Präsident Georg Kapsch war, der nach dem Ende der Koalition aufgrund des „Ibiza-Videos“ der Öffentlichkeit via Presseausstrahlung ausrichtete: „Der für Österreich erfolgreich eingeschlagene Weg der Standort- und Beschäftigungsstärkung muss weitergehen.“ Doch wer ist eigentlich die Industriellenvereinigung, wie ist sie aufgebaut und weshalb kann sie eine so wichtige Rolle in der österreichischen Innenpolitik spielen? Und welche anderen Organisationen gibt es noch, die Türkis-Blau ihre Politik einflüsterten?

Die IV ist ganz offiziell ein Sprachrohr ihrer 4.200 Mitgliedsunternehmen. Sie ist quasi eine Vertretung für die Bosse, der man freiwillig beiträgt. Auf Nachfragen nach der Höhe der Mitgliedsbeiträge, Finanzen oder des Personalstands ihrer Organisation gibt die IV keine Auskunft. Man mache darüber keine Angaben, weil man ein privater Verein sei, heißt es auf Nachfrage.

Somit ist bei der IV nur die Stoßrichtung ihrer Meinungsäußerungen für die Öffentlichkeit nachvollziehbar.

Doch wer kennt Organisationen wie „Eco Austria“ oder „Agenda Austria“? Deren VertreterInnen sind seit einigen Jahren zunehmend in österreichischen Medien zu sehen. Sie sind die prominentesten Beispiele für eine ganze Reihe sogenannter „Think-Tanks“, deren Zahl in Österreich seit Anfang der 2000er-Jahre drastisch zugenommen hat.

Sprachrohre der Industrie

In einem Artikel für die Zeitschrift „Kurswechsel“ merkten Matthias Schlögl und Dieter Plehwe dazu an: „Insbesondere die Industriellenvereinigung engagiert sich zuletzt sehr stark bei der Gründung und Finanzierung von Think-Tanks, um stärkeren Einfluss auf den politischen Meinungsbildungsprozess zu erlangen. Innerhalb der neuen Gruppe von wirtschaftsnahen Think-Tanks sind Eco Austria und Agenda Austria besonders hervorzuheben.“

Auffällig ist die Zunahme solcher Think-Tanks seit Beginn der Weltwirtschaftskrise. Schlögl und Plehwe schreiben: „Von 22 Instituten wurden neun nach 2009 gegründet, lediglich vier vor dem Jahr 2000.“ Die Autoren legen dar, dass alle diese Organisationen entweder direkt aus Mitteln der IV oder indirekt durch verschiedene Konzerne, die aber alle IV-Mitglieder sind, finanziert werden: „Es hat sich somit ein Cluster an Think-Tanks gebildet, die aus denselben Töpfen finanziert werden.“

Wer viel spendet, der darf sich auch etwas erwarten. Zwar beansprucht die

Agenda Austria für sich „wissenschaftliche Unabhängigkeit“ von ihren Geldgebern. Zu denen zählt übrigens auch die Kapsch AG von IV-Präsident Georg Kapsch. Auch die übrige Sponsorenliste liest sich wie ein Who's who der österreichischen Wirtschaft: Von verschiedenen Zweigen der Raiffeisenbank, der Oberbank AG über Mayr-Melnhof Karton bis zu Rewe ist alles dabei.

Doch auch die Mitglieder des wissenschaftlichen Beirats sind einschlägig bekannt. Da ist zum Beispiel der Beiratsvorsitzende Karl-Heinz Paqué. Er ist seit 2010 Dekan der Fakultät für Wirtschaftswissenschaft an der Universität Magdeburg. Davor war er Finanzminister im deutschen Bundesland Sachsen-Anhalt und dort auch Landtagsvorsitzender der FDP-Fraktion. Die „Freien Demokraten“ sind in Deutschland eine Partei mit einem betont wirtschaftsliberalen Programm. So wundert es auch nicht, dass Paqué ein Botschafter für die „Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft“ ist.

Letztere Verbindung ist spannend: Die „Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft“ wurde im Jahr 2000 vom deutschen Arbeitgeberverband „Gesamtmetall“ aus der Taufe gehoben, um in der Bundesrepublik Deutschland Werbung für eine neoliberale Umstrukturierung des Landes zu machen. So setzt sich die Initiative für Pensionskürzungen und Steuersenkungen ein, was auch ein Steckenpferd der Agenda Austria ist. Die „Initiative“ kann somit als Vorreiterin für die Agenda Austria bezeichnet werden.

Think-Tanks rufen, Politiker folgen

Apropos: Wenn die Agenda Austria ruft, kommen die SpitzenpolitikerInnen Österreichs, egal aus welcher Partei. Am 14. Mai verkündete der Twitter-Account des Think-Tanks stolz: „Nach den Ministern Rudolf Hundstorfer, Gabriele Heinisch-Hosek, Hans Jörg Schelling und Hartwig Löger war gestern Bundeskanzler Sebastian Kurz bei uns zu Gast. Unter anderem ging es dabei um die Themen Steuerreform, Europapolitik und kalte Progression.“

Bei solchen Treffen geht es auch immer darum, im Sinne der Programmatik eines Think-Tanks Druck auf die Politik auszuüben. Daneben nutzt die Agenda Austria ihr Mediennetzwerk. Nicht umsonst ist mit Franz Schellhorn der ehemalige Chef der Wirtschaftsredaktion der Tageszeitung „Die Presse“ an Bord. Auch der Projektleiter des Fachbereichs „Steuer, Budget, Finanzmärkte“ ist ein ehemaliger Journalist. Es handelt sich um Lukas Sustala, der bis 2014 für die Wirtschaftsredaktion des „Standard“ und bis 2018 für die „Neue Zürcher Zeitung“, unter anderem als geschäftsführender Chefredakteur für die Webseite „nzz.at“, gearbeitet hat.

Sowohl Schellhorn als auch Sustala sind auch weiterhin journalistisch tätig. Schellhorn etwa schreibt im „Profil“ eine Kolumne. Er gehört dort auch zum regelmäßigen AutorInnenstamm. Für „Die Presse“ ist Schellhorn ebenfalls weiter aktiv. Und am 22. Mai saß Schellhorn auf einem Podium der „17. Country Risk Conference“ in Wien und redete dort zum Thema „Mythos Disruption“. Der Moderator war „Presse“-Journalist Hans Pleininger.

Sustala wiederum hat im „Kurier“ eine zweiwöchige Kolumne im Auftrag der Agenda Austria. Am 11. Mai 2019 ging es da um die von Türkis-Blau kurz vor Beginn der Regierungskrise vorgelegte Steuerreform. Diese geht – wenig überraschend – der Agenda Austria nicht weit genug. Sie wolle „echte Strukturereformen“, dazu gehören für die Agenda Austria die jährliche Erhöhung des Pensionsantrittsalters um zwei Monate auf das 76. Lebensjahr, eine raschere Anhebung des Frauenpensionsalters von 60 auf 65 Jahre sowie der Ausbau

Intransparente Industriellenvereinigung



Mitglieder: 4.200 Unternehmen

Personalstand: unbekannt

Finanzen: unbekannt

Finanziers: unbekannt

Quelle: IV

betrieblicher und privater Pensionsvorsorge. Es geht der Agenda Austria also um die Schwächung des staatlichen Pensionssystems.

Neoliberale Vordenker

Das ist alles kein Zufall. Organisationen wie die Agenda Austria stehen auf den Schultern jahrzehntelang in Österreich und darüber hinaus aktiver Strukturen. Ein „Elternteil“ der Agenda Austria ist das Wiener Hayek-Institut, das 1993 unter anderem von Werner Tessmar-Pfohl, dem damaligen Vizepräsidenten der Industriellenvereinigung, gegründet wurde. Der Ökonom Friedrich Hayek war ein Vordenker neoliberaler Ideologie.

Ein führendes Vorstandsmitglied des Hayek-Instituts war lange Christoph Kraus, der Vorstandsvorsitzende der Kathrein & Co. Privatgeschäftsbank AG. Hier schließt sich ein Kreis. Denn Kraus ist auch Mitglied der international aktiven, von Hayek selbst gegründeten wirtschaftsliberalen **Mont Pèlerin Society**. Kraus darf als Vater der Agenda Austria bezeichnet werden, denn er hatte die Idee zu ihrer Gründung. Um das dafür nötige Startkapital zu besorgen, arbeite-

te er eng mit Veit Sorger, einem ehemaligen Präsidenten der Industriellenvereinigung, zusammen. Es entsteht das Bild eines Netzwerkes, in dem sich die immer gleichen Kräfte gegenseitig die Türklinke in die Hand geben. Dieses Netzwerk wird freilich auch versuchen, den kommenden Nationalratswahlkampf in seinem Interesse zu beeinflussen.

Es lohnt sich, einen Blick auf die Sponsorenliste der Agenda Austria zu werfen:

tinyurl.com/y2afbctq

Girkinger, M. (2007). „Erklär’ mir die Welt“ – neoliberale Bewusstseinsarbeit am Beispiel des Wiener Hayek-Instituts. Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft, 36 (2), S. 201–218

tinyurl.com/yytvovlw

Schlögl, Matthias; Plehwe, Dieter (2015). „Schlagseite programmiert“ – Eine neue Generation parteiischer Think-Tanks in Österreich. Kurswechsel 2/2015, S. 28–43

tinyurl.com/nwx3ewy

Schreiben Sie Ihre Meinung an den Autor christian@bunke.info oder an die Redaktion aw@oegb.at

Arbeitsmarktpolitik

Chancen fördern?



Reportage: Sandra Knopp, Udo Seelhofer
Fotos: Michael Mazohl

Druck und Forderungen: Damit sind Arbeitsuchende vonseiten der Behörden seit einiger Zeit immer wieder konfrontiert. ExpertInnen und Betroffene sprechen darüber, was sich in der Arbeitsmarktpolitik verbessern muss und wie die Arbeiterkammer Betroffenen hilft.



Jutta Konvicka ist Mitte vierzig, als sie 2012 auf Jobsuche ist. Zwölf Jahre lang hatte sie bei einem privaten Bildungsanbieter gearbeitet, als ihr auf einmal mitgeteilt wurde: Aus wirtschaftlichen Gründen müsse man sich von einer Arbeitskraft in der Verwaltung trennen, die Wahl sei auf sie gefallen. Die Jobsuche läuft zäh, obwohl sie sich weiterqualifiziert und 2016 im Rahmen des AMS FiT-Programms (Frauen in Handwerk & Technik) ein Kolleg für Wirtschaftsingenieurwesen abschließt. Kon-

vicka schreibt unzählige Bewerbungen, viele bleiben ohne Antwort, oder es kommt zurück: „Danke für Ihre interessanten Unterlagen, aber wir haben passendere Bewerbungen.“ „Das ist ein sehr ungutes Gefühl“, erinnert sie sich. Ob die Absagen mit ihrem Alter zu tun haben, kann die heute 53-Jährige nur vermuten. Fest steht allerdings, dass sich Menschen ab einem gewissen Alter am Arbeitsmarkt schwertun.

Unter Druck

Gernot Mitter beschäftigt sich als Leiter der Abteilung Arbeitsmarkt und Integration der AK Wien seit Jahren intensiv mit der Arbeitsmarktpolitik österreichischer Regierungen. Vor allem in den letzten 16 Monaten ortet er einen autoritären Umgang mit Arbeitsuchenden. Die geplatze ÖVP/FPÖ-Regierung habe eine Politik des Forderns statt des Förderns betrieben. „Die Sanktionen gegenüber Arbeitslosen, etwa Kürzungen des Arbeitslosengeldes, haben sich von 2017 auf 2018 verdoppelt“, betont Mitter. Zudem hatte die Regierung geplant, die Zumutbarkeitsbestimmungen aufzuweichen und den Berufsschutz stark zu verändern. Damit hätte sich der Druck

Gesetzesvorschlägen, die Publikation von Studien sowie Beratungs- und Rechtsvertretung. „Wir sind gerade für Menschen in instabilen Arbeitsverhältnissen ein wichtiger Ansprechpartner, um ihre Rechte durchzusetzen und sie vor unseriösen Angeboten zu warnen“, so Mitter. Genau das ist Jutta Konvicka passiert.

Der Vertrag

Im Juni 2017 erhält Konvicka das Angebot, in einem kleinen Wiener Elektroingenieursbetrieb zu arbeiten, zunächst für drei Wochen als Urlaubsvertretung, mit Option auf zwei Monate. Vermittelt wurde sie vom sozialen Arbeitskräfteüberlasser Trendwerk. Schon in den ersten Tagen folgte die Ernüchterung: „Mir wurde ein Dienstzettel vorgelegt, nach dem ich nur als ‚Bürohilfskraft‘ angestellt gewesen wäre.“ Von Hilfskraft konnte aber keine Rede sein: „Ich habe das Büro de facto alleine geschupft, weil die beiden Geschäftsführer oft nicht im Betrieb waren.“ Ihre Aufgaben: Sie schrieb Kostenvoranschläge und Rechnungen, organisierte die Ablage und verantwortete den gesamten Schriftverkehr. In einer Mittagspause rief sie bei der Arbeiterkammer an. „Dort wurde mir

„Da dachte ich mir:
Das unterschreibe ich nicht.
Ausbeuten ist nicht okay.“

Jutta Konvicka

auf arbeitslose Menschen weiter verschärft. Viele hätten damit Jobs unter ihrer erreichbaren Arbeitsmarktposition annehmen müssen, womöglich mit längeren Anfahrtszeiten und schlechteren Arbeitsbedingungen. „Die Idee, dass man Arbeitslosigkeit verringert, indem man den Druck erhöht, ist empirisch nicht erwiesen und eine ideologische Haltung“, kritisiert der Arbeitsmarktexperte. Qualifizierungsmaßnahmen hält er für zielführender.

Was Förderung und Unterstützung von Arbeitsuchenden angeht, hat die AK als gesetzliche Interessenvertretung viele Aufgaben, wie die Begutachtung von Gesetzesentwürfen, die Formulierung von

bestätigt, dass ich falsch eingestuft und in der falschen Verwendungsgruppe bin. Da dachte ich mir: Das unterschreibe ich nicht. Ausbeuten ist nicht okay.“ Konvicka wird nicht verlängert.

Stimme im AMS

Im neunköpfigen Verwaltungsrat des AMS haben ÖGB und AK ein Drittel der Sitze inne und so bei Förderrichtlinien und Budget ein Wörtchen mitzureden. „Bisher war eine hohe Konsensorientierung Tradition“, berichtet Mitter. Diese sei nun gefährdet. So trat trotz Kritik der ArbeitnehmervertreterInnen im Septem-



Auf der 10. Jobmeile der Caritas im „carla“ Mittersteig gab es Job- und Beratungsangebote für langzeitarbeitslose Menschen. Der 62-jährige Werner Liebig (links im Bild) erzählte, wie er in der Hotellerie neu durchstartete.

ber 2018 der Beschluss in Kraft, dass die Ausbildungsbeihilfe für Jugendliche über 18 Jahren, die eine überbetriebliche Ausbildungseinrichtung besuchen, in den ersten zwei Lehrjahren von 753 Euro auf 325,80 Euro monatlich gekürzt wird. „Das ist existenzgefährdend“, hält Mitter fest.

Der Spielraum wurde insgesamt enger. Erreicht wurden zumindest mehr Mittel für die Qualifizierung von Kurzzeitarbeitslosen über 50 Jahren und die Verlängerung und Ausweitung des Fachkräftestipendiums. Mit Letzterem werden Ausbildungen in Mangelberufen wie im Gesundheits- und Pflege- sowie im technischen Bereich gefördert. „Dabei ging es um 160 Millionen Euro“, betont Mitter. Im Dezember 2018 wurde das AMS-Budget in Höhe von 1,25 Milliarden Euro beschlossen. Die Kürzungen betragen „nur“ 155 Millionen Euro statt wie geplant 350 Millionen Euro. Für Mitter war das ein „gerade noch tragbarer Kompromiss.“ Er erwartet, dass angesichts wenig rosiger Konjunkturprognosen schon bald wieder mehr Mittel für die aktive Arbeitsmarktpolitik gebraucht werden.

Von der gescheiterten türkis-blauen Regierung wurde gerne so getan, als hätte ihre Arbeitsmarktpolitik erste Erfolge gezeitigt. Tatsächlich sank die Arbeitslosenquote 2018 um 0,8 Prozent auf 7,7 Prozent. Der Rückgang der Arbeitslosigkeit ist aber weniger ein Verdienst der

Politik, sondern ein Ergebnis der guten Konjunktur. Doch diese lässt nach. Auch Wirtschaftsforscher Christoph Badelt erwartet für Anfang 2020 einen leichten Anstieg der Arbeitslosigkeit. 2018 waren im Schnitt 380.000 Menschen ohne Job oder in Schulung – für

„Wir brauchen eine Arbeitsmarktpolitik, die verhindert, dass ältere Menschen aus dem Arbeitsmarkt herausfallen, und ermöglicht, dass Langzeitarbeitslose zurückfinden.“

Christoph Badelt, Wirtschaftsforscher

Badelt zu viel. „Das hohe Niveau an Arbeitslosigkeit ist wirtschaftlich und sozial inakzeptabel“, sagte der WIFO-Chef Ende April 2019 in Wien. Die Arbeitslosigkeit habe sich nach der Wirtschafts- und Finanzkrise bei vielen Menschen verfestigt. „Wir brauchen eine Arbeitsmarktpolitik, die verhindert, dass ältere Menschen aus dem Arbeitsmarkt hinausfallen, und ermöglicht, dass Langzeitarbeitslose zurückfinden“, so Badelt. Aus- und Weiterbildung sei entscheidend und daher werde der Bedarf an Mitteln für die aktive Arbeitsmarktpolitik in den nächsten Jahren wieder steigen.

Abwertende Bilder

In der öffentlichen Debatte rund um die Sozialhilfe neu kamen arbeitslose Menschen nicht gut weg. Mitglieder der gescheiterten Regierung sprachen von sozialer Hängematte, Durchschumlern und Langschläfern. AK-Experte Mitter ist empört, dass Spitzenrepräsentanten der Ex-Regierung arbeitslose Menschen als „Spätaufsteher“ und „Durchschumler“ bezeichnet haben. Ihm ist es sehr wichtig, abwertenden Bildern wie diesen deutlich entgegenzutreten. „Dagegen kämpfen wir seit 20 bis 30 Jahren.“

Auch Judith Pühringer, Geschäftsführerin von arbeit plus, dem österreichweiten Netzwerk Sozialer Unternehmen, ärgert sich über solche Darstellungen, die der Realität von Arbeitsuchenden diametral entgegenstehen. „Wir erleben, dass Menschen sich mit ihren Kompetenzen einbringen möchten, aber nicht alle schaffen das zu den Bedingungen des Arbeitsmarktes.“ Das Geburtsdatum kann ebenso zum Ausschlussgrund werden wie fehlende Qualifikationen. Deshalb brauche es passgenaue Angebote. Doch stattdessen gab es

im Zuge der AMS-Kürzungen Einschnitte bei den rund 200 sozialen Unternehmen, die 30.000 Arbeitsplätze zur Verfügung stellen.

Auch Werner Liebig hat es sich alles andere als bequem gemacht. 21 Jahre lebte er in Venezuela, war in der Hotellerie tätig und kehrte aufgrund der Krise dort in die Heimat zurück. Dass es in seinem Alter nicht einfach sein würde, einen Job zu finden, war dem 62-Jährigen bewusst. Bei Hunderten Bewerbungen gab es trotz einiger Vorstellungsgespräche nur Absagen. „Zu Hause zu sitzen, sich nicht mehr gebraucht zu fühlen

war oft sehr bedrückend.“ Dazu kamen finanzielle Einschränkungen. „Ein spontaner Kaffee war oft nicht drin.“ Seine Frau machte ihm Mut. Liebig besuchte AMS-Veranstaltungen und erfuhr von einem Hotel im 1. Bezirk in Wien, das älteren Arbeitsuchenden eine Chance gibt. Liebig bewarb sich. „Ich arbeite seit sechs Monaten dort und bin Ansprechpartner für unsere spanischsprachigen Gäste“, erzählt er stolz.

Potenziale ausschöpfen

In der Abteilung Arbeitsmarkt und Integrationspolitik der AK Wien, der Gernot Mitter vorsteht, geht es auch darum, wie die Integration von geflüchteten Menschen in den Arbeitsmarkt gelingen kann und wie der Zugang von Drittstaatsangehörigen auf den österreichischen Arbeitsmarkt geregelt werden sollte. Für Mitter ist klar, dass Zugewanderte möglichst rasch und gut integriert werden müssen – auch um zu verhindern, dass der Lohndruck für alle Beschäftigten zunimmt. Es gilt Menschen entsprechend ihrer Qualifikation im Arbeitsmarkt zu verankern, dafür braucht es adäquate Sprachkenntnisse und die Nostrifikation von Ausbildungen. Im Hinblick auf den Fachkräftemangel empfiehlt Mitter, Potenziale im Land auszuschöpfen. So sei der Anteil an Teilzeitjobs bei Frauen hoch, es brauche einen vernünftigen Umgang mit älteren ArbeitnehmerInnen und die Integration von Asylberechtigten in den Arbeitsmarkt. Das erfordere Investitionen in Aus- und Weiterbildung. Doch stattdessen würde mit einer Liberalisierung der Rot-Weiß-Rot-Karte und dem Zuzug von NiedrigverdienerInnen der Lohndruck erhöht. Maßnahmen zur Eingliederung von älteren Langzeitarbeitslosen, wie die von der SPÖ/ÖVP-Koalition beschlossene „Aktion 20.000“, wurden mit 31. Dezember 2017 ausgesetzt.

Die richtige Entscheidung

Durch diese Jobinitiative sollten 20.000 staatlich geförderte und kollektivvertraglich bezahlte neue Jobs für langzeitarbeitslose Menschen über fünfzig geschaffen werden, etwa bei Gemeinden, NGOs und sozialen Unternehmen. Der Bund übernahm Lohn- und Nebenkosten für maximal zwei Jahre. Die Aktion



Noch sinken aufgrund der guten Konjunktur die Arbeitslosenzahlen. Bereits 2020 erwartet WIFO-Chef Christoph Badelt einen leichten Anstieg der Arbeitslosigkeit. Der Bedarf an Mitteln für aktive Arbeitsmarktpolitik wird wieder steigen.



Gernot Mitter vertritt die Arbeiterkammer im AMS-Verwaltungsrat. Er spricht sich für gezielte Aus- und Weiterbildung von ArbeitnehmerInnen aus.

20.000 startete im Juli 2017 in jedem Bundesland in elf Modellregionen. Im Sommer 2017 hört Jutta Konvicka in den Medien von der Aktion 20.000 und bewirbt sich über das AMS bei der Armutskonferenz, einem Netzwerk sozialer Hilfsorganisationen. Gleichzeitig bewirbt sie sich beim sozialen Unternehmen „die Caterei“ im Büro und beginnt ein Arbeitstraining. „Ich wollte noch keinen Vertrag unterschreiben, der nur auf neun Monate befristet ist, solange meine andere Bewerbung noch läuft.“ Hätte sie den Vertrag unterschrieben, wäre sie nicht für die Aktion 20.000 infrage gekommen. Als sie von der Jobzusage bei der Armutskonferenz erfuhr, musste sie sich erst setzen. „Das war so super!“

Verlorene Chance

Rund 3.800 Personen wurden nach Angaben des AMS in die Aktion 20.000 einbezogen. Auswirkungen waren schnell

sichtbar, schreibt AK-Expertin Ilse Leidl-Krapfenbauer im A&W-Blog: „Die Anzahl der arbeitslos vorgemerkten Langzeitbeschäftigungslosen über 50 Jahren sank im Durchschnitt der Modellregionen um 1,4 Prozent. In den übrigen Regionen Österreichs, in denen die Aktion 20.000 noch nicht angelaufen war, stieg dieser Wert Ende Oktober 2017 noch um 6,1

„Man hat älteren Arbeitslosen, die oft gesundheitliche Einschränkungen haben, Jobperspektiven weggenommen, um Geld zu sparen.“

Gernot Mitter, AK-Vertreter

Prozent.“ Mit Ende Juni 2019 läuft nun ein Großteil der geförderten Stellen aus.

„Man hat älteren Arbeitslosen, die oft gesundheitliche Einschränkungen haben, Jobperspektiven weggenommen, um Geld zu sparen“, kritisiert Mitter. Auch Judith Pühringer von arbeit plus bedauert das Ende der Aktion 20.000: „Das ist eine große vergebene Chance.“ Es gab bereits viele Erfolgsbeispiele von Menschen, die in sehr ausgewogenen Situationen wieder Fuß fassen und Beschäftigungen finden konnten.

Perspektiven statt Druck

Die geplätzte türkis-blaue Regierung ließ aber nicht nur bei der aktiven Arbeitsmarktpolitik kürzen. Für den Herbst plante sie eine Umgestaltung der Arbeitslosenversicherung mit integrierter Notstandshilfe und Verschärfungen bei Zugangsbedingungen zu den Leistungen.

Das hätte dem Auffangnetz, wie Mitter es nennt, große Risse zugefügt. „Je besser dieses Netz ausgestaltet ist, desto mehr kann ich für meine Rechte und die Gewerkschaft um Lohnerhöhungen kämpfen.“ Wer Angst um seinen Job habe, tue das nicht. Die AK setzt hingegen auf Qualifizierung und bietet im Rahmen des Zukunftsprogramms Angebote, die ArbeitnehmerInnen fit für die Digitalisierung machen. Beim „Digi-Winner“ der AK Wien und des waff gibt es bis zu 5.000 Euro Förderung. Die Palette an geförderten Ausbildungen reicht von EDV-Grundlagen bis zu Datensicherheit oder Social Media.

Mensch und Maschine

Die Digitalisierung beschäftigte Gernot Mitter auch im AMS-Verwaltungsrat, allerdings im negativen Sinne. Eine umstrittene Neuerung ist, dass das AMS ab 2020 die Jobchancen von Arbeitsuchenden mit einem Algorithmus unterlegen will. Arbeitsuchende werden je nach ihren Vermittlungschancen in drei Gruppen eingeteilt.

AK-Vertreter Mitter war dagegen: „Wie garantiert man, dass der Berater und nicht die Maschine anschafft, was passiert? Wie stellt man sicher, dass Menschen mit niedrigen Reintegrationschancen ausreichend gefördert werden?“ Für mehr Effizienz brauche es auch mehr Personal. Stattdessen aber soll gespart werden: Von 400 neuen Planstellen, die 2016 geschaffen wurden, könnte die Hälfte abgebaut werden. Dabei käme ein AMS-Betreuer auf 250 Arbeitsuchende, in Deutschland ist das Verhältnis 1:100. Mehr Personal führt laut Mitter zu individuellerer Betreuung und passgenaueren Angeboten.

Starker Anwalt

Im Jahr 2020 feiert die AK ihr 100-jähriges Bestehen. Mitter betont, dass die Arbeiterkammer auf wissenschaftlich abgesicherter Basis problemlösungsorientierte Politik ermöglicht. Die AK sei wichtiger Bestandteil des Institutionssystems, das die Entwicklung der Republik vom zerbombten Land zu einem der reichsten in der EU ermöglichte. „Das

„Ich glaube, es hatte einen Sinn, dass ich in die Aktion 20.000 gekommen bin. Die Atmosphäre ist wertschätzend und respektvoll.“

Jutta Konvicka, Mitarbeiterin der Armutskonferenz



Jutta Konvicka fühlt sich an ihrem Arbeitsplatz im Büro der Armutskonferenz angekommen und wertgeschätzt.

braucht viel Sachverstand und Orientierung an mittel- und längerfristigen Entwicklungen.“ Die AK sei ein starker Anwalt gegenüber Arbeitgebern und Regierungen.

Job mit Sinn

Jutta Konvickas Job in der Armutskonferenz ist abwechslungsreich und umfasst Textkorrektur und Betreuung der Webseite bis zur Administration der Arbeitsgruppe „Frauen und Armut“. „Ohne die Aktion 20.000 hätte ich nicht so gute Chancen gehabt“, ist sie überzeugt. Das Argument der KritikerInnen, dass diese Jobs künstlich vom Staat geschaffen würden, lässt sie nicht gelten. „Wenn ich Arbeitslosengeld beziehe, bekomme ich doch auch Geld vom Staat.“ Konvicka

wurde von der Armutskonferenz inzwischen unbefristet angestellt. „Ich glaube, es hatte einen Sinn, dass ich in die Aktion 20.000 gekommen bin. Die Atmosphäre ist wertschätzend und respektvoll.“ Die Neuwahlen bringen die Möglichkeit, die Arbeitsmarktpolitik neu auszurichten, was sich die AK für ihre Mitglieder selbstverständlich wünscht. „Bleibt zu hoffen, dass eine neue Regierung wieder verstärkt darauf setzt, Arbeitslosen Chancen zu eröffnen, statt sie in ihrer ohnehin prekären Lage noch mehr unter Druck zu setzen“, so Gernot Mitter.

Schreiben Sie Ihre Meinung
an die Redaktion
aw@oegb.at

ArbeitnehmerInnen
und KonsumentInnen tragen



Geplante Entlastung durch gescheiterte türkis-blaue Regierung

65% 
Entlastung für ArbeitnehmerInnen
und KonsumentInnen

 35%
Entlastung für
Unternehmen

Quelle: AK

Zeit für die gerechte Steuerreform

Bei den türkis-blauen Plänen zeigte sich einmal mehr eine klare Schlagseite in Richtung Unternehmen. Wie eine gerechte Steuerreform aussehen könnte.

Martin Saringer

Abteilung Steuerpolitik der AK Wien

Noch am 30. April 2019 hat die nun geplatzte Regierung ihre Pläne zur Steuerreform vorgestellt. Nicht einmal drei Wochen später war klar, dass diese nun – zumindest vorerst – Makulatur sind. Denn am 17. Mai 2019 um 18.00 Uhr veröffentlichten die „Süddeutsche Zeitung“ und „Spiegel Online“ die mittlerweile unter dem Namen „#ibizagate“ hinlänglich bekannten Aufnahmen des mittlerweile ehemaligen österreichischen Vizekanzlers – der Rest ist bekannt und die türkis-blaue Koalition mittlerweile Geschichte. Inwieweit die angekündigte Steuerreform jetzt tatsächlich noch umgesetzt wird, ist derzeit völlig offen, scheint aber wenig wahrscheinlich. Trotzdem ist es wichtig, die vorliegenden Pläne zu analysieren und zu bewer-

ten – und aufzuzeigen, wie eine Steuerreform aus ArbeitnehmerInnensicht aussehen sollte.

Für Beschäftigte ist mehr drinnen

Was wollte die türkis-blaue Regierung? Grundsätzlich hatte sie das Entlastungsvolumen auf 8,3 Milliarden Euro angesetzt, wobei darin der Familienbonus in Höhe von rund 6 Milliarden Euro jährlich enthalten ist. Die gescheiterte Bundesregierung hatte zudem angekündigt, die Steuerreform in drei Etappen umsetzen zu wollen – was für eine Steuerreform eigentlich unüblich ist. Noch ungewöhnlicher: Die Regierung hatte auch schon umgesetzte Maßnahmen (Familienbonus, Senkung der Arbeitslosenversicherungsbeiträge, Senkung der Umsatzsteuer für Tourismusbetriebe) zur Steuerreform dazugerechnet. Der Stufenplan erschwert einen Überblick über alle geplan-

ten Maßnahmen samt deren Inkrafttreten. Für die AK ist klar: Die neue Situation eröffnet die Chance für eine gerechtere Reform. Denn für die ArbeitnehmerInnen ist mehr drin.

Bei den nun vorerst auf Eis liegenden türkis-blauen Plänen zeigte sich einmal mehr die klare Schlagseite in Richtung Unternehmen. Denn obwohl ArbeitnehmerInnen und KonsumentInnen rund 80 Prozent der Steuerleistung erbringen, hätten sie im Zuge der Reform nur 65 Prozent der Entlastung erhalten – die Unternehmen aber 35 Prozent. Für die ArbeitnehmerInnen relevant: Die Lohn- und Einkommensteuer hätte durch ein Absenken der ersten drei Tarifstufen reduziert werden sollen. Dies sollte insgesamt eine Entlastung von 3,9 Milliarden Euro bringen. Spürbar wäre die volle Entlastung allerdings erst im Jahr 2022 gewesen.

Auch die vermeintlichen Entlastungen für die ArbeitnehmerInnen wie die steuerfreien Gewinnbeteiligungen entpuppen sich bei genauer Betrachtung als problematisch. Viele Beschäftigte hätten gar nicht davon profitieren können, weil sie in Branchen arbeiten, in denen keine Gewinne anfallen (öffentlicher Dienst, Non-Profit-Organisationen im Gesundheits- und Sozialbereich etc.). Und die nicht planbaren Gewinnbeteiligungen hätten vielfach wohl die normalen Gehaltserhöhungen verdrängt. Für GeringverdienerInnen war eine Entlastung durch verringerte Krankenversicherungsbeiträge (der sogenannte SV-Bonus) geplant. Nun ist es zwar goldrichtig, GeringverdienerInnen zu entlasten. Eine Kürzung der Krankenversicherungsbeiträge wäre allerdings der falsche Weg.

Ausfälle bei den Krankenversicherungsträgern von bis zu 900 Millionen Euro deuten – auch wenn der Ausgleich aus Budgetmitteln in den Raum gestellt wird – zumindest mittelfristig auf Leistungskürzungen oder Selbstbehalte hin. Wenn man zudem bedenkt, dass sieben von zehn Steuer-Euros in die Bereiche Gesundheit, Bildung und Pensionen fließen, sieht man auch hier die drohende Gefahr von Leistungskürzungen. Insofern muss man froh sein, dass die Ankündigungen so wohl nicht beschlossen werden.

Mehrere Maßnahmen hätten die Unternehmen betroffen. Die Körperschaftsteuer hätte schrittweise von 25 auf 21 Prozent gesenkt werden sollen. Dies hätte Einnahmefälle von 1,6 Milliarden Euro verursacht. Die Senkung der Körperschaftsteuer ist überhaupt abzulehnen, weil sie sehr viel kostet und sehr wenig bringt. Wissenschaftliche Studien zeigen, dass eine reine Senkung des Körperschaftsteuersatzes in erster Linie **Mitnahmeeffekte** bringt.

Wackelige Finanzierung

Das größte Problem und die größte Unsicherheit der türkis-blauen Steuerpläne: Die Finanzierung stand auf sehr wackeligen Beinen. Es war überhaupt nicht klar, wen die Gegenfinanzierung wirklich getroffen hätte. 4,5 Milliarden Euro sind davon budgetfinanziert und unterliegen

großen makroökonomischen Risiken. Mit „Sparen im System“, nicht näher spezifizierten zusätzlichen Maßnahmen und steuerlichen Maßnahmen sollten zusätzlich 2 Milliarden Euro gegenfinanziert werden. All das kann man in wenigen Worten aus ArbeitnehmerInnensicht zusammenfassen mit: „Wenig Licht, viel Schatten.“

Steuerreform für ArbeitnehmerInnen

Die Steuerreformpläne sind ein weiterer Punkt, warum man der türkis-blauen Koalition nicht nachtrauern muss. Ganz im Gegenteil, dadurch bleibt zumindest die Möglichkeit für eine gerechte, nachhaltige Steuerreform. ÖGB und AK haben schon bei der Steuerreform 2015/16 gezeigt, wie wichtig starke Interessenvertretungen sind. Denn diese Reform ist zu 90 Prozent den ArbeitnehmerInnen zugutegekommen, und die Gegenfinanzierung hat die ArbeitnehmerInnen nur zu 10 Prozent betroffen.

Aus ArbeitnehmerInnensicht kann man dann von einer erfolgreichen Steuerreform sprechen, wenn folgende Kriterien erfüllt werden: Das Entlastungsvolumen sollte jedenfalls so groß sein wie bei der letzten Steuerreform 2015/16. Das heißt, die ArbeitnehmerInnen sollten jedenfalls eine Entlastung im Ausmaß von fünf Milliarden Euro erhalten. Man muss sich immer vor Augen halten, dass die ArbeitnehmerInnen 80 Prozent der Steuern und Abgaben leisten und deshalb auch 80 Prozent der Entlastungen erhalten müssen. Für DurchschnittsverdienerInnen sollte die jährliche Entlastung 1.000 Euro betragen. Aber auch Klein- und MittelverdienerInnen müssen spürbar entlastet werden. Eine Senkung der Krankenversicherungsbeiträge ist allerdings hier der falsche Weg. Sinnvoller ist ein steuerfinanzierter Ausbau der Negativsteuer („SV-Rückerstattung“). Die führt zu keiner Aushöhung der Krankenversicherungsträger. Und neben einer Tarifreform muss es endlich auch zu einer maßvollen Anhebung von Freibeträgen, Freigrenzen und Absetzbeträgen im ArbeitnehmerInnenbereich kommen.

Eine allgemeine Senkung des Körperschaftsteuersatzes ist abzulehnen,

weil diese Maßnahme im Vergleich zu anderen steuerlichen Förderungen (degressive Abschreibungen, vorzeitige Abschreibungen, Investitionsfreibeträge) mit Abstand am ineffizientesten hinsichtlich Wachstum, Beschäftigung und Investitionen wirkt. Viel wichtiger als eine allgemeine Senkung der Körperschaftsteuer wäre es, Zukunftsinvestitionen wie Aus- und Weiterbildung, die Bekämpfung von Arbeitslosigkeit oder die soziale Sicherheit zu fördern. Und es muss sichergestellt werden, dass die ArbeitnehmerInnen sich die Steuerreform nicht selber finanzieren müssen. Schlupflöcher müssen geschlossen werden, und für einen Ausbau der vermögensabhängigen Abgaben („Millionärsteuer“) ist in Österreich noch ausreichend Spielraum.

Kaum Steuern trotz Rekordgewinnen

Aber Österreich steht nicht allein da, und gerade im Steuerbereich muss auch auf internationaler Ebene noch viel passieren. Die Ergebnisse der Europawahlen am 26. Mai 2019 sorgen zwar für eine gewisse Ernüchterung, aber sie zeigen auch ganz deutlich, dass die BürgerInnen mit vielen Entwicklungen in der EU nicht zufrieden sind. Es ist nicht nachvollziehbar – und das sorgt auch unter den WählerInnen für Unmut –, warum große Konzerne trotz Rekordgewinnen kaum Ertragsteuern zahlen müssen und warum Vermögende anscheinend problemlos in Steueroasen ausweichen können. Die Maßnahmen wie die Einführung einer einheitlichen Körperschaftsteuerbemessungsgrundlage oder das öffentliche **„Country-by-Country Reporting“** liegen in der EU schon lange auf dem Tisch. Österreich muss sich verstärkt dafür einsetzen, dass diese Maßnahmen samt der Einführung eines Mindeststeuersatzes bei der Körperschaftsteuer endlich umgesetzt werden und dass auch endlich europaweite Mindeststandards zur Besteuerung großer Vermögen umgesetzt werden.

Schreiben Sie Ihre Meinung an den Autor
martin.saringer@akwien.at
 oder an die Redaktion
aw@oegb.at

Schiefes Brüsseler Parkett

Gerade einmal zwei Prozent der Organisationen vertreten die Interessen von ArbeitnehmerInnen in der EU-Hauptstadt. Umso wichtiger ist die Präsenz der AK.

Petra Völkerer

*Leiterin des Büros der Bundesarbeitskammer
in Brüssel*

Bereits seit 1991 – und damit noch vor dem österreichischen EU-Beitritt im Jahr 1995 – betreibt die Arbeiterkammer ein Büro in Brüssel. Aus gutem Grund: Immerhin bedeutete die EU-Mitgliedschaft, dass maßgebliche Kompetenzen von nationaler auf die europäische Ebene verlegt wurden.

Sechs MitarbeiterInnen sowie zwei PraktikantInnen zählt das Büro von AK EUROPA, das Teil der **Ständigen Vertretung** Österreichs in der EU ist. Es dient als Schnittstelle zwischen den europäischen Institutionen und den KollegInnen in Österreich. Einerseits verfolgt es in Brüssel die Debatten und Abläufe mit und gibt alle relevanten Informationen nach Österreich weiter. Andererseits versorgt es die AK-ExpertInnen aus Österreich mit einer Fülle von Stellungnahmen und Einschätzungen zu EU-relevanten Themen, die vom Büro gezielt auf Brüsseler Ebene verbreitet werden. Dementsprechend gehört das Erstellen von fundierten Positionspapieren, das Organisieren von hochkarätigen Veranstaltungen – häufig mit VertreterInnen der Kommission, des Parlaments und anderer maßgeblicher Stakeholder – bis hin zu Abstimmungsempfehlungen an die Abgeordneten des Europäischen Parlaments zur täglichen Arbeit.

Von zentraler Bedeutung sind natürlich auch Treffen mit EntscheidungsträgerInnen der drei zentralen EU-Institutionen. Und dieser direkte Kontakt zahlt

sich immer wieder aus, zuletzt bei dem durch die Kommission eingeleiteten Fusionskontrollverfahren und in der Folge geplanten Verkauf des Nidec-Werkes in Fürstenfeld. Der Verlust von 400 Arbeitsplätzen in der Südsteiermark und damit in einer grenznahen, strukturschwachen Region war zu befürchten. In dem Fall wandte sich die Arbeiterkammer mit mehreren Schreiben an die Kommission. AK EUROPA organisierte hochrangige Treffen mit der zuständigen Wettbewerbskommissarin **Margrethe Vestager** sowie mit MitarbeiterInnen der Kommission. Die AK Steiermark schlug Auflagen für den Verkauf im Sinne der Beschäftigten und des Standortes vor, welche in der Folge auch von der Kommission berücksichtigt wurden. So konnten nicht nur die 400 Arbeitsplätze in Fürstenfeld gesichert werden, der neue Eigentümer muss auch 24 Millionen Euro Investitionen in den Standort tätigen. Ein bemerkenswerter Erfolg im Sinne der ArbeitnehmerInnen.

Suche nach Verbündeten

In Brüssel ist man als ArbeitnehmerInnenvertretung vor allem dann stark, wenn breite Allianzen geschmiedet werden, um die Interessen der Beschäftigten in ganz Europa zu vertreten – und damit ein Gegengewicht zu den Wirtschaftslobbys geschaffen werden kann. Deshalb ist die enge Zusammenarbeit mit einer großen Zahl an Gewerkschaften, aber auch KonsumentInnenschutzorganisationen und NGOs in Brüssel von großer Bedeutung. Gemeinsame Veranstaltungen und Kampagnen führten dabei immer wieder zum

Erfolg: Im Anschluss an die Proklamation der Europäischen Säule sozialer Rechte startete AK EUROPA gemeinsam mit dem ÖGB Europabüro, dem Europäischen Gewerkschaftsbund und einer Vielzahl von Teilgewerkschaften eine Kampagne zur Einrichtung einer Europäischen Arbeitsbehörde mit dem Ziel, grenzüberschreitendes Lohn- und Sozialdumping wirksam zu bekämpfen. Tausende von UnterstützerInnen aus ganz Europa konnten so unkompliziert an der öffentlichen Konsultation der Kommission über eine EU-Arbeitsbehörde teilnehmen und auf die Notwendigkeit einer Behörde mit weitreichenden Befugnissen hinweisen. Auch in der Folge unterstützte die Arbeiterkammer die Arbeiten zur Schaffung der EU-Arbeitsbehörde: durch mehrere von AK EUROPA organisierte Veranstaltungen in Brüssel, pointierte Positionspapiere und gezielte Pressearbeit. Die Teilnahme von AK-ExpertInnen an Anhörungen im EU-Parlament hatte zur Folge, dass auch dort ihre Expertise im Kampf gegen Lohn- und Sozialdumping eingebracht und gehört wurde. Nicht zuletzt stimmte das Europäische Parlament mit großer Mehrheit für eine starke Arbeitsbehörde!

Europa näherbringen

Für AK EUROPA ist es besonders wichtig, nicht nur im Austausch mit KollegInnen in Österreich zu sein, sondern auch in Kontakt mit vielen weiteren politisch aktiven und interessierten Menschen zu stehen. Deshalb ist es sehr erfreulich, dass AK EUROPA gemeinsam mit dem ÖGB Europabüro sehr viele

BesucherInnengruppen aus Österreich in Brüssel begrüßen kann. Im vergangenen Jahr waren es sage und schreibe 32 Gruppen mit mehr als 600 TeilnehmerInnen. Sie reichten von GewerkschaftsvertreterInnen über SchülerInnen-, Lehrlings- und StudentInnengruppen bis hin zu BürgermeisterInnen. Dabei stehen einerseits die Vorstellung und die Arbeit der beiden Büros in Brüssel im Vordergrund; es entsteht aber andererseits ein für eben diese Arbeit unerlässlicher Austausch mit den GewerkschaftskollegInnen und den anderen BesucherInnen aus Österreich.

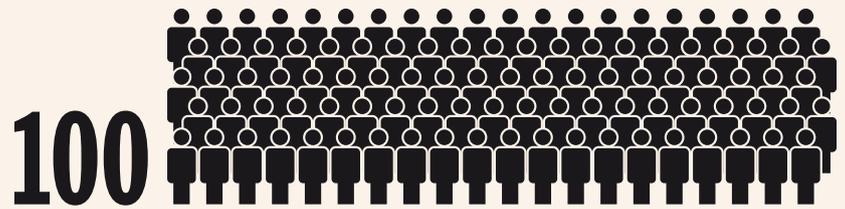
Um die Positionen und Forderungen der Arbeiterkammer auf europäischer Ebene so breit wie möglich zu streuen, hat AK EUROPA allein im Jahr 2018 mehr als 30 Positionspapiere erstellt und gemeinsam mit dem ÖGB Europabüro 16 hochrangig besetzte Veranstaltungen organisiert, zu denen in Summe fast 1.700 BesucherInnen gekommen sind. Diese deckten die gesamte Breite an Themen ab, mit denen sich die ArbeitnehmerInnenvertretung beschäftigt: von der sozialen Sicherheit in Europa, der Besteuerung von digitalen Großkonzernen, dem Einfluss des Brexit auf die Rechte der ArbeitnehmerInnen bis hin zu europäischen Sammelklagen für KonsumentInnen und der Umsetzung der erfolgreichen BürgerInneninitiative „Right2Water“.

Die Übermacht der Gegenseite

Gemeinsam mit dem ÖGB Europabüro und zahlreichen weiteren MitstreiterInnen verschafft AK EUROPA somit den Interessen der österreichischen ArbeitnehmerInnen und KonsumentInnen in der EU Gehör. In Anbetracht der Vielzahl an LobbyistInnen in Brüssel ist das nicht immer eine leichte Aufgabe: Nicht weniger als 50.000 InteressenvertreterInnen und LobbyistInnen sind in Brüssel unterwegs, wie die neuesten Analysen der Arbeiterkammer auf Basis des seit 2008 bestehenden Transparenzregisters zeigen.

Im Transparenzregister sind mittlerweile 12.000 Unternehmen und Organisationen eingetragen. Das Verhältnis zwischen Wirtschaftsorganisationen und ArbeitnehmerInnenvertretungen ist dabei eklatant: Auf eine Vertretung für Beschäftigte kommen 50 Vertretun-

Missverhältnis bei den Interessenvertretungen



Wirtschaftsorganisationen

2 

ArbeitnehmerInnenvertretungen

Quelle: Statistik Austria; Sonderauswertung zum Chancenindex

gen der Wirtschaftslobbys. In absoluten Zahlen betrachtet, sind etwa die Hälfte der 50.000 eingetragenen InteressenvertreterInnen und LobbyistInnen WirtschaftsvertreterInnen (24.427). Demgegenüber sind die Zahlen der ArbeitnehmerInnenvertreterInnen (802) und KonsumentInnenschützerInnen (240) laut EU-Transparenzregister relativ bescheiden. Hinzu kommt, dass die Zahl der WirtschaftsvertreterInnen sogar noch unterschätzt wird, denn dringend müsste die Datenlage im Transparenzregister verbessert werden. Hier finden sich oftmals etwa unter der Kategorie der „Denkfabriken und Hochschuleinrichtungen“ Falscheinträge, die eigentlich der Finanz- oder Wirtschaftsseite zuzurechnen wären. Dieses Ungleichgewicht ist für AK EUROPA aber in erster Linie Ansporn: Die Zukunft Europas kann nur ein soziales Europa sein. Dafür kämpfen wir in Brüssel jeden Tag.

Neue Kräfteverhältnisse

Die gerade geschlagenen EU-Wahlen führten zu veränderten Kräfteverhältnissen im Europäischen Parlament: Die beiden größten Fraktionen, die Europäische

Volkspartei und die SozialdemokratInnen, stellen zukünftig weniger Abgeordnete und brauchen deshalb die Unterstützung von zumindest einer weiteren Fraktion für eine Mehrheit. Diese Mehrheit könnte entweder von den Liberalen oder den Grünen kommen, die Zugewinne erzielen konnten. Gleichzeitig stieg aber auch die Zahl europafeindlicher Abgeordneter. Das Schmieden von Mehrheiten dürfte deshalb in den nächsten fünf Jahren schwieriger sein als bisher. Für AK EUROPA bedeutet dies in erster Linie Ansporn, sich gegenüber allen Fraktionen noch stärker für ein gerechtes und nachhaltiges Europa einzusetzen, das die Interessen der ArbeitnehmerInnen und KonsumentInnen, nicht jene der Konzerne in den Mittelpunkt stellt.

Die AK EUROPA bietet einen Newsletter an, der über die Aktivitäten des Europabüros informiert.

Hier geht's zur Anmeldung:

www.akeuropa.eu

Schreiben Sie Ihre Meinung an der Autorin
petra.voelkerer@akeuropa.eu

oder an die Redaktion
aw@oegb.at

Motor und Vermögen

Geht's dem Sozialstaat gut, geht's der Wirtschaft gut: Dass sich AK und Gewerkschaften für einen leistungsstarken Sozialstaat einsetzen, ist keineswegs retro.

Beatrix Mittermann
Redakteurin des ÖGB-Verlags

Wer heutzutage ein Plädoyer für den leistungsstarken Sozialstaat hält, wird gerne einmal in die träumerische Ecke gestellt. Teuer, bevormundend, altbacken: So wird oft argumentiert. Entsprechend hat sich auch der Diskurs über den Sozialstaat entwickelt, geprägt einerseits von der falschen Annahme, man müsse etwa Arbeitslose unter Druck setzen. Andererseits ist Sparen geradezu zu einem Mantra geworden, Einschnitte in den Sozialstaat seien nötig, heißt es.

All diesen Entwicklungen zum Trotz setzen sich Arbeiterkammer und Gewerkschaften weiterhin für ebenjenen leistungsstarken Sozialstaat ein. Keineswegs aus Nostalgie, sondern vielmehr weil er einen ganz konkreten volkswirtschaftlichen Nutzen hat. Was dabei gerne vergessen wird: Er kommt auch Unternehmen und dem Wirtschaftsstandort als Ganzes zugute. Aber der Reihe nach. Denn es kursieren eine Reihe von falschen Annahmen über den Sozialstaat, die es zu hinterfragen gilt.

Da ist zunächst einmal das Sparargument. Nun wird niemand ernsthaft den demografischen Wandel leugnen, der insbesondere in der Gesundheit und Pflege neue Herausforderungen und entsprechend auch zusätzliche Kosten mit sich bringt. Deshalb macht man sich auch in Arbeiterkammer und Gewerkschaften Gedanken über die Finanzierung der Zukunft. Dazu muss man wissen: Den Löwenanteil tragen die Ar-

beitnehmerInnen und KonsumentInnen selbst. Das muss aber nicht so sein. Denn bisher leisten Vermögende nur einen sehr kleinen Beitrag zur Finanzierung des Gemeinwesens, was nicht zuletzt die OECD seit vielen Jahren kritisiert. Würden Vermögenssteuern erhöht, könnte man die Herausforderungen der Zukunft bewältigen – und nebenbei würde man auch das Steuersystem gerechter machen.

Unterbelichtet

In der Debatte völlig unterbelichtet ist noch ein weiterer Aspekt: Es ist keineswegs so, dass die Ausgaben für den Sozialstaat „explodieren“. Vielmehr ist der Anteil, den die Sozialausgaben am Bruttoinlandsprodukt ausmachen (die sogenannte Sozialquote) seit Mitte der 1990er-Jahre stabil geblieben – und das trotz Finanz- und Wirtschaftskrise.

Allerdings darf es nicht nur um die Frage gehen, was der Sozialstaat kostet. Denn Kosten hin oder her: Der Sozialstaat ist keine Last, wie gerne behauptet wird, sondern vielmehr ein Vermögen des Staates. Für den Erfolg, die Qualität und die Krisenfestigkeit des Wirtschaftsstandorts Österreich ist er unabdingbar. „Die guten sozialen Errungenschaften und Standards sind zentrale Voraussetzungen für den gemeinsamen wirtschaftlichen Erfolg“, hält Adi Buxbaum von der Abteilung Sozialpolitik der AK Wien fest.

„Wenn man ihn lässt, kann der Sozialstaat enorm viel“, betont Vera Laciña, Referentin der Abteilung Wirtschaftspolitik der AK Wien. Sie bezieht

sich dabei auf eine aktuelle WIFO-Studie, die die positiven Effekte des Sozialstaats für die Menschen, die Gesellschaft und den Wirtschaftsstandort insgesamt aufzeigt. Denken wir beispielsweise das Szenario einer Wirtschaftskrise ohne Sozialleistungen: Fakt ist, dass in solch besonders schwachen Konjunkturphasen die Arbeitslosigkeit steigt. Der Verlust eines Jobs bringt enorme negative Auswirkungen mit sich – sowohl für die Personen, die zwischenzeitlich keine Arbeit haben, als auch für Unternehmen.

Der Sozialstaat sorgt in diesem schwierigen Lebensabschnitt durch das Arbeitslosengeld für die finanzielle Absicherung der betroffenen Menschen. Dadurch steht ihnen das Geld zur Verfügung, mit dem sie ihren Lebensalltag bestreiten können. Ohne diese Sozialleistung würde sich bei Unternehmen ein deutlicher Rückgang der Nachfrage bemerkbar machen. Denn wo kein Geld, da auch kein regulärer Konsum von Produkten und keine übliche Inanspruchnahme von Dienstleistungen. Der Zugang zu und die Qualität von Bildungsangeboten sowie Gesundheitsleistungen sind wichtige Determinanten der Lebensqualität. Und nicht zuletzt sind gut qualifizierte und gesunde Arbeitskräfte auch für Unternehmen essenziell. Denn was wäre ein Unternehmen ohne seine MitarbeiterInnen, die das System am Laufen halten? Ohne ihre Expertise? Ohne ihren Einsatz? Jeder Betrieb sucht sich am Arbeitsmarkt die besten Bewerber, die das nötige Know-how mitbringen.

Nur selten wird jedoch daran gedacht, dass auch unser Schul- und Bil-



Quelle: Statistik Austria, Europäisches System der Integrierten Sozialschutzstatistik (ESSOSS)

dungssystem durch sozialpolitische Maßnahmen profitiert: angefangen vom kostenfreien universellen Zugang zu primärer und sekundärer Bildung, kostenfreien Schulbüchern bis hin zu Ausbildungsförderungen, Beihilfen und steuerlichen Begünstigungen. Dadurch, dass Menschen Schulbeihilfen, Studienbeihilfen, SchülerInnen- und Lehrlingsfreifahrten, aber auch Bildungskarenz, Bildungsteilzeit oder ein Fachkräftestipendium in Anspruch nehmen können, wird Bildung leistbar und für Unternehmen am Arbeitsmarkt in Form von gut qualifizierten Arbeitskräften verfügbar.

Konsumnachfrage stärken

Durch Sozialleistungen haben auch Menschen mit geringerem Einkommen mehr Mittel zum Bestreiten ihres Lebensunterhalts zur Verfügung. Und gerade sie sind es, die den Großteil ihres Einkommens nicht sparen, sondern konsumieren. Stabilisierung der Inlandsnachfrage wird dieses Phänomen im wirtschaftlichen Fachjargon bezeichnet, das für Unternehmen sehr wichtig ist.

Ohne den Sozialstaat wäre die Situation fatal: Laut den Ergebnissen der **EU-SILC**-Erhebungen der Statistik Austria wäre die Armutsgefährdung ohne den Rückhalt des Sozialstaates mehr als dreimal so hoch. Rund 4 Millionen Menschen wären armutsgefährdet, darunter besonders PensionistInnen und alleinerziehende Frauen. Für betroffene Haushalte mit niedrigem Einkommen macht gerade der Bezug von Sozialleistungen einen wesentlichen Bestandteil ihres

Haushaltsbudgets aus. Steht ihnen dieses Geld nicht zur Verfügung, bedeutet das einen Kaufkraftverlust: Wo kein Geld, da kann auch nichts ausgegeben werden, und das bekämen à la longue auch die Unternehmen zu spüren.

Verlässlichkeit, Planbarkeit, Innovation, Resilienz – wenn man sich die Erfolgsfaktoren für unseren Wirtschaftsstandort genauer ansieht, wird schnell klar, dass diese nur durch einen gut funktionierenden Sozialstaat möglich werden. Denn: „Gibt ein soziales Netz Sicherheit, ist es für den Einzelnen oder die Einzelne leichter, sich auf Wagnisse, das Aneignen neuer Qualifikationen, neue berufliche Herausforderungen und die Zukunft einzulassen“, so die zentrale Erkenntnis der WIFO-Studie.

Vor allem in Zeiten von Umbrüchen und Veränderungen bietet der Sozialstaat den nötigen Rückhalt und die Sicherheit, die sowohl die Menschen als auch die Unternehmen benötigen. Der Strukturwandel und die Digitalisierung machen Anpassungsprozesse erforderlich. Auch hier spielt der Sozialstaat eine wichtige Rolle, indem er Menschen bei Umschulungen und Weiterbildung unterstützt und Unternehmen Anpassungsförderungen zukommen lässt, wie beispielsweise die Förderung von Kurzarbeit.

Adi Buxbaum hält daher fest: „Anliegen wie die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, die Umsetzung von Ausbildungs- und Beschäftigungsoffensiven für unterschiedliche Zielgruppen, die Erhöhung der Arbeitsplatzqualität, mehr Zeitautonomie und bessere

Planbarkeit der Arbeit, bessere Rahmenbedingungen zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie müssen weit oben auf der Prioritätenliste einer verantwortungsvollen Politik stehen.“ Denn: „Klar ist, dass davon letztlich auch die Unternehmen profitieren“, so Buxbaum.

Stabilisierende Wirkung

Zusammenfassend merkt AK-Budgetexpertin Romana Brait an: „Wer nur auf die Schulden schaut, vergisst auf das öffentliche Vermögen und investiert zu wenig.“ Das unterstreicht auch ihre Kollegin Vera Lacina: „Ein gut ausgebauter und investiver Sozialstaat gibt Sicherheit, stabilisiert die Wirtschaft und fördert ihre Widerstandsfähigkeit. Er ist das Fundament, auf dem die soziale Marktwirtschaft aufbaut.“ Wie wichtig der Sozialstaat ist, zeigt sich vor allem dann, wenn man ihn wegdenkt: „Ein Sparen bei der Qualität des Sozialstaats würde nicht nur die Lebenschancen und die Lebensqualität vieler Menschen einschränken, sondern soziale Probleme produzieren, die auch massive negative gesamtgesellschaftliche und gesamtwirtschaftliche Folgen hätten.“

Online-Schwerpunkt zum Wirtschaftsmotor
Sozialstaat

www.arbeit-wirtschaft.at/wirtschaft

Schreiben Sie Ihre Meinung an die Autorin
beatrice.mittermann@oegbverlag.at

oder an die Redaktion
aw@oegb.at

Budget Wirtschaftskammern

950 Mio. EURO



0,5 Mio. Mitglieder Wirtschaftskammern

Budget Arbeiterkammern

480 Mio. EURO



3,8 Mio. Mitglieder Arbeiterkammern

Quelle: AK, WKÖ

Einseitige Angriffe

Gerade die Arbeiterkammer wurde von Türkis-Blau stark angegriffen. Dabei ist sie ein wichtiger Akteur im sozialen Ausgleich, der Österreich so erfolgreich gemacht hat.

Sonja Fercher

Chefredakteurin der Arbeit&Wirtschaft

Die Sozialpartnerschaft als zentraler Faktor für den wirtschaftlichen Erfolg der Zweiten Republik: Dies ist nicht nur ein politisches Statement, sondern beruht auf wissenschaftlichen Fakten. Wie eine Studie des Wirtschaftsforschungsinstituts zeigt, „weisen Staaten mit guter sozialpartnerschaftlicher Zusammenarbeit – allen voran Österreich – eine überdurchschnittliche wirtschaftliche Performance auf“.

Und obwohl sich gerade ÖVP und FPÖ so gerne als Wirtschaftsparteien preisen: Während der türkis-blauen Koalition wurden die Sozialpartner in viele Diskussionen nicht mehr einbezogen. Kurzum: Man begann, den für Österreichs wirtschaftliche Entwicklung erfolgreichen Weg zu verlassen.

Schiefelage

Auf einer Ebene trifft die Selbsteinschätzung von Türkis und Blau als Wirtschaftsparteien sehr wohl zu: Man agierte ganz nach den Wünschen von Industrie und Arbeitgebern. Entsprechend entwickelte

sich eine Schiefelage zuungunsten der ArbeitnehmerInnen. Diese zeigte sich auch in der Behandlung der Arbeiterkammer selbst. Denn von Anfang an war sie Angriffen ausgesetzt, es wurde unterstellt, dass sie nicht effizient genug arbeite, man drohte mit der Kürzung der AK-Beiträge oder stellte die gesetzliche Mitgliedschaft selbst infrage.

Hier zeigt sich eine weitere Schiefelage, denn die Drohungen richteten sich in erster Linie gegen die AK. Dabei vertritt die AK mit 3,8 Millionen ArbeitnehmerInnen deutlich mehr Menschen als etwa die Wirtschaftskammer, die eine halbe Million Mitglieder hat. Außerdem ist das Budget der Arbeiterkammern nur halb so hoch wie jenes der Wirtschaftskammern.

Die AK hat auf die Forderung der Regierung, einen Sparplan vorzulegen, reagiert, das Ergebnis sind nicht etwa Leistungseinschränkungen, vielmehr beinhaltet der AK-Zukunftsplan sogar mehr Angebote für die Mitglieder. Von Beratungen in Sachen Arbeitsrecht und KonsumentInnenschutz über das Engagement für eine gute Arbeitsmarktpolitik oder Chancen- und Geschlechtergerechtigkeit bis hin zum politischen

Engagement für eine gerechtere Gesellschaft im Sinne der ArbeitnehmerInnen: Die AK leistet viel für ihre Mitglieder – und das wird von ihnen auch geschätzt, wie nicht zuletzt die Ergebnisse der jüngsten AK-Wahlen zeigen.

Langfristig schlecht

Die Position der ArbeitnehmerInnen zu schwächen, mag kurzfristig gedacht vielleicht für manche Unternehmen Vorteile haben. Langfristig aber zeigt der Erfolg der österreichischen Wirtschaft (zu der nicht nur Unternehmen, sondern auch die ArbeitnehmerInnen zählen), dass der Interessenausgleich auf Augenhöhe, aka Sozialpartnerschaft, eindeutig vielversprechender ist. Und zu dieser Sozialpartnerschaft gehört eben auch die AK.

Mehr:

tinyurl.com/yy8ovvll

Schreiben Sie Ihre Meinung an die Autorin

sonja.fercher@oegb.at

oder die Redaktion

aw@oegb.at

Nicht zuletzt

von

Erwin Zangerl

AK-Präsident Tirol und
BAK-Vizepräsident

Gestalten statt spalten

Seit dem Auftauchen des „Ibiza-Videos“ erleben die Menschen im Land turbulente Wochen: Die politische Landschaft hat sich grundlegend verändert. Die ÖVP hat die Koalition mit der FPÖ beendet, das Parlament der gesamten Bundesregierung das Vertrauen entzogen. Bis zu den Neuwahlen, die im September stattfinden sollen, gibt es ein Übergangskabinett mit Experten.

Niemand kann heute das Wahlergebnis oder die Zusammensetzung einer künftigen Regierung voraussagen. Aber nicht wenige befürchten bereits jetzt einen harten und schmutzigen Wahlkampf, der die Kluft zwischen den Parteien noch weiter vergrößern wird. Die Menschen haben es sich aber nicht verdient, dass in unserem Land eine immer stärker werdende Lagerbildung stattfindet.

Erfolg durch Dialog

Umso wichtiger ist gerade in dieser Situation die Rolle der Sozialpartner. Und es gilt, auf deren Bedeutung für unser Land noch stärker aufmerksam zu machen und die Menschen dafür zu sensibilisieren. Denn die Sozialpartner stehen für Vertrauen, Verlässlichkeit und Stabilität. Das hat sich mehr als 70 Jahren lang bewährt. Durch das Zusammenwirken der großen Interessengruppen hat sich Österreich zu einem der

wohlhabendsten Länder entwickelt. Und zwar nicht durch Zank und Streit, sondern durch Dialog und Verstehen.

Sozialpartnerschaft bedeutet, dass es in unserem Land zwar Interessengegensätze und notfalls auch Auseinandersetzungen gibt. Es ist jedoch diese besondere Form des Miteinanders, bei der zwischen den gegensätzlichen Interessen durch die Bereitschaft zum Kompromiss ein Ausgleich zum Vorteil aller Beteiligten gefunden werden kann. Der Hauptwert der Sozialpartnerschaft liegt daher im Interessenausgleich zwischen der Arbeitgeber- und der Arbeitnehmerschaft. Somit ist auch sichergestellt, dass Entscheidungen der Sozialpartner von den großen gesellschaftlichen Gruppen getragen und befürwortet werden. Das erwarten sich die Menschen auch von einer künftigen Regierung: mehr Zusammenarbeit und einen vernünftigen Interessenausgleich gegen jede Spaltung unserer Zivilgesellschaft.

Gesprächsverweigerung

Zu Dialog und Zusammenarbeit hat die Arbeiterkammer die türkis-blaue Ex-Regierung in den letzten Monaten übrigens mehrfach aufgerufen. Doch vonseiten dieser Regierung erntete man nur Gesprächsverweigerung. Beschlüsse und Gesetze wurden überfallsartig vollzogen, demokratische Strukturen, Interessenvertretungen und

Non-Profit-Organisationen an den Rand gedrängt.

Ich hätte die Regierung durchaus auch gerne gelobt, wenn es denn auch einmal etwas zu loben gegeben hätte. Aber wer, wenn nicht wir, sollte aufschreien, wenn mit durchgepeitschten Entscheidungen die Arbeitnehmerfamilien belastet und sozialer Kälte Tür und Tor geöffnet werden?

Hoffnung auf Neubeginn

Jetzt, nach dem vorzeitigen Ende von Türkis-Blau, muss die Regierungsarbeit kritisch hinterfragt werden. Und es ist wohl unbestritten, dass eine handstreichartig beschlossene Maßnahme auf die andere folgte: der 12-Stunden-Arbeitstag, die Zentralisierung der Krankenkassen und zuletzt die Kürzung der Mindestsicherung. Dazu passt ins Bild, dass auch die Arbeiterkammer in den letzten 18 Monaten massiv bekämpft wurde. Die Bundesregierung wollte ihr die Mittel kürzen und die Wahlen erschweren. All das hat zu großen Verwerfungen in unserer Gesellschaft geführt.

Umso mehr hoffe ich jetzt auf einen Neubeginn: auf Zusammenarbeit, vernünftigen Dialog und keine weitere Spaltung in unserer Gesellschaft. Deshalb werden wir jede künftige Regierung auch daran messen, wie sie es mit der Zusammenarbeit mit den Sozialpartnern, vor allem mit der AK, hält.



awblog.at ist die digitale Ergänzung zur Printausgabe der „Arbeit&Wirtschaft“. Frisch gebloggt zeigt die Highlights.

Schlechte Bedingungen für Gesundheits-Arbeiterinnen

Romana Wochner

Die Beschäftigten in Gesundheitsberufen sind zum größten Teil Frauen. So sind zwischen 80 und 90 Prozent der diplomierten Pflegekräfte, medizinisch-technischen Fachkräfte und PflegeassistentInnen weiblich. Auch drei Viertel jener Menschen, die hilfsbedürftige Angehörige pflegen, sind Frauen. Bessere Arbeitsbedingungen in Gesundheitsberufen und Unterstützung für pflegende Angehörige verbessern daher auch die Lebensbedingungen von Frauen.

In der Praxis schaut das leider anders aus. Da werden „Gesundheits-Arbeiterinnen“ und pflegende Angehörige gerne als HeldInnen dargestellt. Die inszenierte Überhöhung findet allerdings keine Entsprechung in Form von angemessener Entlohnung oder Entlastung durch bessere Arbeitsbedingungen.

Personalmangel, Unterbesetzung, horrenden Arbeitszeiten, mangelnde Vereinbarkeit: Die Probleme sind nicht neu, und die Politik gibt auch vor, sich der Thematik anzunehmen. Diese Sonntagsreden sind Montag früh jedoch bereits vergessen, und auf konkrete Veränderungen im Berufsalltag hofft man allerdings bislang vergeblich.

Lesen Sie mehr:
awblog.at/gesundheitsberufe-sind-weiblich/

„Subsidiarität“ statt Sozialpolitik

Nikolai Soukup

Schon beim österreichischen Ratsvorsitz und auch im EU-Wahlkampf spielte das Schlagwort „Subsidiarität“ eine zentrale Rolle. Die EU solle sich demnach stärker auf die „großen Fragen“ fokussieren und sich weniger in „kleine Fragen“ einmischen. Was vordergründig vernünftig klingt, hat jedoch ein klares politisches Kalkül, und das heißt: Vorrang für deregulierte Märkte und disziplinierende Budgetregeln sowie für eine restriktive Asyl- und Grenzpolitik, während sozialpolitische Initiativen ausgebremst oder gar verhindert werden.

Mit der Politik der „Subsidiarität“ wird etwa die Schlagkraft der europäischen Arbeitsbehörde torpediert oder die Richtlinie zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen verschleppt. Statt die Sozialunion voranzutreiben, wird an einer Budget- und Fiskalpolitik festgehalten, die einseitig die Interessen der Kapitalbesitzer berücksichtigt und sinnvolle Zukunftsinvestitionen in Bildung, Gesundheit oder Klimaschutz behindert. Kein Wunder also, dass die Subsidiarität als Klammer zwischen neoliberalen und nationalen Parteien bestens funktioniert.

Lesen Sie mehr:
awblog.at/subsidiaritaet-eu-kurs-regierung/

Wenn Ihnen ein Blogbeitrag gefällt, belohnen Sie uns und die Autorinnen und Autoren doch damit, dass Sie den Beitrag per Facebook, Twitter, E-Mail oder – ganz klassisch – per Mundpropaganda an interessierte Menschen weitergeben!

Wir freuen uns, wenn Sie uns abonnieren:

awblog.at

Sie finden uns auch auf Facebook & Twitter
facebook.com/arbeitswirtschaft & twitter.com/AundW

Aus AK und Gewerkschaften

Ein faireres Europa für alle ArbeitnehmerInnen

14. Kongress des Europäischen Gewerkschaftsbundes in Wien legt Schwerpunkte der Arbeit fest. Der Franzose Laurent Berger ist neuer EGB-Präsident.

Ende Mai sind in Wien GewerkschafterInnen aus allen Ecken Europas zusammengekommen, um beim 14. Kongress des Europäischen Gewerkschaftsbundes (EGB) über die Zukunft Europas zu debattieren. Das Motto: „Ein faireres Europa für die ArbeitnehmerInnen.“

Auf dem Kongress wurde auch die Führung des EGB bestimmt. Neuer Präsident ist der Franzose Laurent Berger. Er war seit 1992 Generalsekretär der französischen Gewerkschaft CFDT. Der italienische Gewerkschafter Luca Visentini bleibt Generalsekretär. „Die Mission für die nächste Amtszeit wird sein, die Angriffe auf die Demokratie und Toleranz zu bekämpfen“, sagte Visentini, „und weiter als die Juncker-Kommission zu gehen, um soziale Gerechtigkeit, hochwertige Arbeitsplätze und höhere Löhne in der EU durchzusetzen.“ Die Delegierten verabschiedeten außerdem auch ein neues Manifest und das Aktionspro-

gramm für 2019 bis 2024 unter dem Titel „Ein gerechteres Europa für alle ArbeitnehmerInnen“. Vom künftigen EU-Parlament und der neuen Kommission fordert das Wiener Manifest den Abbau prekärer Beschäftigungsverhältnisse, den Stopp von Lohn- und Sozialdumping sowie EU-Maßnahmen zur Förderung stärkerer Tarifverhandlungen zwischen Arbeitgebern und Gewerkschaften über Löhne und Arbeitsbedingungen in allen EU-Ländern.

Der wiedergewählte EGB-Generalsekretär Visentini blickte auf die Errungenschaften der letzten vier Jahre zurück. Dazu zählte in der letzten Legislaturperiode mit Sicherheit die Europäische Säule sozialer Rechte. Für die Gewerkschaften in Europa bleibt einiges zu tun, so Visentini. Sie müssen sich weiterhin einsetzen für ein sozial verträgliches Zusammenspiel von Klimaschutz und Digitalisierung. Auch müssen sie sich für eine

Industriepolitik in Europa einsetzen, die unsere Wirtschaft und Arbeitsplätze vor der unregulierten Globalisierung und Handelskriegen schützen kann.

„Wir brauchen nicht weniger EU-Regelungen, sondern die richtigen“, sagte ÖGB-Präsident Wolfgang Katzian. Dazu gehören der Vorrang von sozialen Grundrechten vor wirtschaftlichen Freiheiten sowie Mehrheitsentscheidungen in Steuerfragen, damit das Steuerdumping der Konzerne beendet werden kann. Es dürfe außerdem keine EU-Subventionen und Förderungen für Länder mehr geben, die Grund- und Freiheitsrechte sowie Gewerkschaftsrechte verletzen. „Damit die Menschen spüren, dass die EU ihr Leben besser macht, dafür braucht es eine starke europäische Gewerkschaftsstimme, und das ist wichtiger als je zuvor“, so Katzian.

Mehr: www.etuc.org

vida

Neuer Vorsitz in der vida-Jugend

Christian Hofmanninger: „Werden dort besonders laut sein, wo keiner auf die Jugend hört.“

Bei ihrer vierten Bundeskonferenz hat die Jugendabteilung der Gewerkschaft vida ihre Ziele für die kommenden fünf Jahre abgesteckt. Im Fokus bleiben das Engagement für qualitativ hochwertigere und bessere Lehrausbildungen, höhere Lehrlingsentschädigungen – und die Vertretung der Interessen der Jugendlichen. An der Spitze der vida-Jugend hat es einen Wechsel gegeben. Mario Drapela, geschäftsführender Bundesjugendvorsitzender, und seine StellvertreterInnen Christina Ritter und Tobias Pichler haben sich nicht mehr der Wahl gestellt. „Ich lege mein Amt in neue Hände“, so Drapela. Er verlässt nach neun Jahren das Präsidium der

vida-Jugend. Zweieinhalb Jahre davon war er Vorsitzender.

Neuer Bundesjugendvorsitzender der vida ist Christian Hofmanninger. Der gelernte Triebfahrzeugführer aus Oberösterreich dankt seinem Vorgänger Drapela für dessen Einsatz: „Mario hat großartige Arbeit geleistet und sich mit viel Leidenschaft und Expertise für Verbesserungen für die Lehrlinge eingesetzt. Wir wünschen ihm auf seinen neuen Wegen alles Gute!“ Kurz nach seiner Wahl hat der 22 Jahre alte Christian Hofmanninger bereits ein erstes Versprechen abgegeben: „Wir werden auch in Zukunft besonders dort, wo keiner auf die Jugend hört, laut sein

und auf die Rechte junger ArbeitnehmerInnen und der Lehrlinge pochen!“ Hofmanninger möchte zudem alle Bundesländer mit funktionierenden LandesjugendvertreterInnen ausstatten. „Weiters wünsche ich mir mehr Frauen in den Jugendgremien und eine Zusammenarbeit auf Augenhöhe mit allen Fachbereichen und Abteilungen der vida. Mein Motto lautet: Beharrlichkeit führt zum Ziel! Ich bin überzeugt, dass wir vieles bewegen werden.“ StellvertreterInnen von Hofmanninger sind Seda Koca, Lukas Labugger, Stipo Barbic und Ramon Karpati.

Mehr: www.vidajugend.at

Man kann nicht alles wissen ...

Bismarck, Otto von: Deutscher Politiker und Fürst (1815–1898); 1862–1890 Ministerpräsident von Preußen, 1867–1890 Bundes- bzw. Reichskanzler. Ein wichtiges Leitprinzip für Bismarck war, die Macht und Privilegien des landbesitzenden Adels zu erhalten. Auf ihn geht die Sozialversicherung in Deutschland zurück. (Seite 23)

Country-by-Country Reporting (CbCR): länderbezogene Offenlegung betriebswirtschaftlicher und steuerlicher Daten von multinationalen Unternehmen. Ziel dieser Transparenzmaßnahme ist mehr Steuergerechtigkeit. Alle OECD- und G20-Länder sowie fast alle Finanzzentren haben sich 2014 beim Jahrestreffen des Globalen Forums für Transparenz und Informationsaustausch darauf geeinigt, den OECD/G20-Standard umzusetzen. Dieser sah den jährlichen automatischen Austausch von Steuerinformationen in sechs Stufen vor. Die EU verabschiedete entsprechende Richtlinien: Konzerne mit konsolidiertem Gesamtumsatz von mindestens EUR 750 Mio. müssen ein CbCR erstellen und übermitteln. Dieser „Länderbezogene Bericht“ (Country-by-Country Report) enthält Informationen zur weltweiten Verteilung der Erträge, der Steuern und der Geschäftstätigkeit einer multinationalen Unternehmensgruppe, aufgeteilt auf die einzelnen Staaten oder Gebiete. In Österreich ist der Report seit 2016 spätestens zwölf Monate nach dem letzten Tag des betreffenden Wirtschaftsjahres an das zuständige Finanzamt zu übermitteln. (Seite 37)

Domes, Franz: österreichischer Gewerkschafter und sozialdemokratischer Politiker (1863–1930), ab 1920 Präsident der AK für Wien und Niederösterreich sowie Nationalratsabgeordneter. (Seite 4)

Eco Austria: 2011 mit Unterstützung der Industriellenvereinigung gegründetes Wirtschaftsforschungsinstitut mit Sitz in Wien. (Seite 28)

EU-SILC: Community Statistics on Income and Living Conditions (Gemeinschaftsstatistiken über Einkommen und Lebensbedingungen): Erhebung, durch die jährlich Informationen über die Lebensbedingungen der Privathaushalte in der Europäischen Union gesammelt werden. Rund 6.000 Haushalte nehmen jährlich an SILC in Österreich teil. Die Adressen dafür werden zufällig aus dem Zentralen Melderegister (ZMR) gezogen. Drei Viertel der befragten Haushalte werden wiederholt befragt, um Veränderungen der Lebenssituation im Zeitverlauf feststellen zu können. (Seite 41)

Generalrat der Oesterreichischen Nationalbank: OeNB-Gremium, das für die Überwachung jener Geschäfte verantwortlich ist, die nicht in den Aufgabenbereich des Europäischen Systems der Zentralbanken (ESZB) fallen. Er ist mit dem Aufsichtsrat einer Aktiengesellschaft vergleichbar und berät

das Direktorium in Angelegenheiten der Geschäftsführung und der Währungspolitik. (Seite 13)

IVSS (Internationale Vereinigung für Soziale Sicherheit): weltweites Forum der Sozialversicherungsträger mit über 300 Mitgliedsorganisationen, gegründet 1927, mit Sitz beim Internationalen Arbeitsamt in Genf. Zur laufenden Verbesserung der Arbeitssicherheit analysiert die IVSS Entwicklungen und Tendenzen der sozialen Sicherheit und behandelt aktuelle Fragen auf diesem Gebiet. (Seite 14)

Mises, Ludwig von: österreichisch-amerikanischer Wirtschaftswissenschaftler (1881–1973), Theoretiker des Liberalismus und einer der wichtigsten Vertreter der Österreichischen Schule der Nationalökonomie im 20. Jahrhundert. (Seite 4)

Mitnahmeeffekt: Inanspruchnahme von Subventionen oder anderer finanzieller Anreize für ein Verhalten, das auch ohne diese Anreize stattgefunden hätte. (Seite 37)

Mont Pèlerin Society: 1947 gegründeter Zusammenschluss liberaler Intellektueller, die Initiative dazu ging von Friedrich August von Hayek aus, der 1947 rund 35 dem Liberalismus nahestehender Wissenschaftler an den Genfer See (am Fuße des Mont Pèlerin) eingeladen hatte, um über die Zukunft liberalen Gedankenguts nach dem Zweiten Weltkrieg zu diskutieren. Heute hat das neoliberale Elitenetzwerk weltweit rund 700 Mitglieder, darunter sowohl Organisationen als auch Einzelpersonen. Die MPS veröffentlicht auf ihrer Webseite keine Mitgliederliste. Man weiß aber, dass u. a. prominente PolitikerInnen (Vaclav Klaus, Ludwig Erhard etc.) dazu zähl(t)en. (Seite 29)

Right2Water (Wasser ist ein Menschenrecht): 2012 gebildete EU-Bürgerinitiative, die fordert, dass die Europäische Kommission ein Recht auf Wasser und auf sanitäre Grundversorgung als Menschenrechte entsprechend der UN-Resolution Recht auf Zugang zu sauberem Wasser in den Gesetzen verankern und eine funktionierende Wasser- und Abwasserwirtschaft als existenzsichernde öffentliche Dienstleistung für alle Menschen fördern soll. Die Wasserwirtschaft soll von der EU-weiten Liberalisierungsagenda ausgeschlossen sein. Die Kommission stellte 2014 fest, dass dies die erste europäische Bürgerinitiative (mit insgesamt mehr als 1,5 Mio. Unterschriften) sei, die die Anforderungen für Bürgerinitiativen erfüllt. Trotzdem wurde beschlossen, nur allgemeine Konsultationen einzuleiten, um den Zugang zu hochwertigem Wasser in der EU zu verbessern. (Seite 39)

Sen, Amartya: indischer Wirtschaftswissenschaftler und Philosoph, geb. 1933. Er beschäftigt sich vor allem mit den Themen Armut und Wohlfahrtsökonomie. Auf Sens Vorschläge geht die

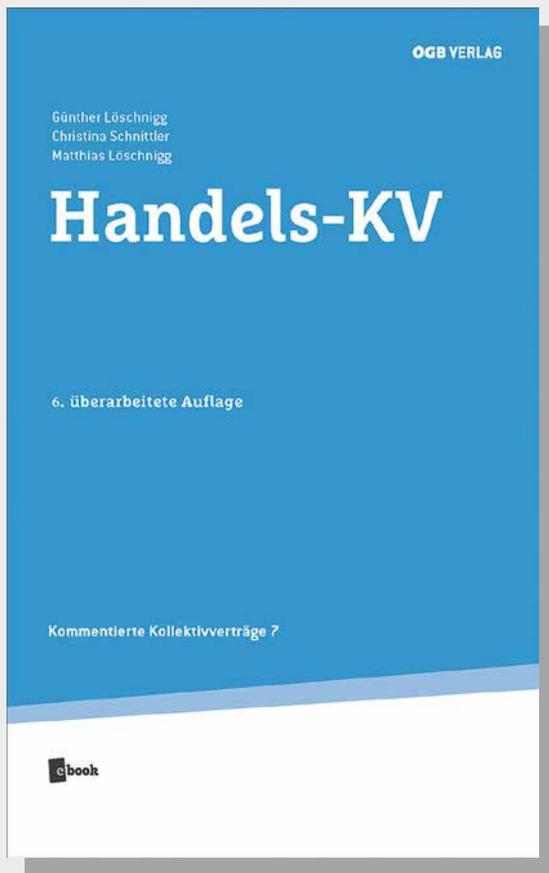
Einrichtung des Human-Development-Index zurück, den das Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen seit 1990 regelmäßig herausgibt. 1998 erhielt er den Nobelpreis für Wirtschaftswissenschaften. 2008 richtete der damalige französische Präsident Sarkozy eine Kommission ein, um herauszufinden, mit welchen Mitteln sich Wohlstand und sozialer Fortschritt messen ließen, ohne sich einseitig auf Einkommensgrößen wie das Brutto Sozialprodukt zu beziehen. Die Kommission bestand aus insgesamt 25 Wirtschafts- und SozialwissenschaftlerInnen. Der so entstandene Stiglitz-Sen-Fitoussi-Bericht enthielt 12 grundsätzliche Empfehlungen für neue Indikatoren. Werke: „Die Idee der Gerechtigkeit“, „Die Identitätsfalle: Warum es keinen Krieg der Kulturen gibt“, „Ökonomie für den Menschen“ etc. (Seite 23)

Simmel, Georg: deutscher Philosoph und Soziologe (1858–1918), Werke: „Über sociale Differenzierung“, „Die Philosophie des Geldes“, „Die Großstädte und das Geistesleben“. (Seite 23)

Ständige Vertretung: Die Ständige Vertretung Österreichs in Brüssel, sozusagen die „EU-Botschaft“ Österreichs. Hier arbeiten EU-ExpertInnen aus allen Bundesministerien, der Verbindungsstelle der Bundesländer und den VertreterInnen von Sozialpartnern, Industriellenvereinigung, Nationalbank, Gemeindebund und Städtebund. Gesetzesvorschläge der EU-Kommission werden zuerst von den jeweils zuständigen ExpertInnen der 28 Ständigen Vertretungen („Ratsarbeitsgruppe“) und anschließend von den 28 EU-BotschafterInnen („Ausschuss der Ständigen Vertreter“) geprüft und diskutiert. Erst danach erfolgt die Entscheidung im zuständigen Rat (der EU-MinisterInnen). (Seite 38)

Verfassungsdienst: Sektion im Justizministerium; Hauptaufgaben: anwaltliche Vertretung der Bundesregierung vor dem Verfassungsgerichtshof bzw. der Republik Österreich vor dem EuGH und dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte, Erstellung von Rechtsgutachten in unterschiedlichsten Rechtsgebieten. Vor der Regierung Kurz war der Verfassungsdienst im Bundeskanzleramt eingerichtet. (Seite 15)

Vestager, Margrethe: dänische Politikerin der sozialliberalen Partei Radikale Venstre (RV). Seit 2014 EU-Kommissarin für Wettbewerb. Seit ihrem Amtsantritt hat sie mehr als 15 Mrd. Euro an Kartellstrafen verhängt, fast doppelt so viel wie während der Amtszeit ihres Vorgängers verhängt wurden. (Seite 38)



Buch + e-book

Handels-KV 2019

6. neu bearbeitete Auflage

Günther Löschnigg/Christina Schnittler/Matthias Löschnigg

Kommentierte Kollektivverträge Nr. 7 / 616 Seiten

EUR 36,00 / ISBN 978-3-99046-416-8

Der Kollektivvertrag für die Angestellten im Handel erfasst über 600.000 ArbeitnehmerInnen in ca. 75.000 Betrieben. Er hat eine zentrale Ordnungsfunktion im Handel in ganz Österreich und stellt einen verantwortungsvollen sozialpolitischen Kompromiss für diesen wichtigen Sektor der österreichischen Wirtschaft dar. Der Praxiskommentar enthält die umfangreiche Rechtsprechung und verweist gezielt auf weiterführende Literatur zu den verschiedenen Einzelproblemen.

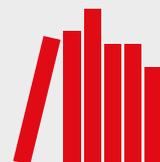
VERSANDKOSTENFREI BESTELLEN IM THEMESHOP DES ÖGB-VERLAGS

www.arbeit-recht-soziales.at / kontakt@arbeit-recht-soziales.at

DIREKT IN DER FACHBUCHHANDLUNG DES ÖGB-VERLAGS

1010 Wien, Rathausstraße 21

T +43 1 405 49 98-132 / F +43 1 405 49 98-136





sozialeleistungen.at
SOZIALSTAAT IM ÜBERBLICK

SIE HABEN FRAGEN ZUM SOZIALSTAAT UND ZU SEINEN LEISTUNGEN?

Besuchen Sie jetzt sozialeleistungen.at!

- » Gebündeltes Wissen zu Sozialleistungen
- » Infos auf dem aktuellen Rechtsstand
- » Von ExpertInnen der AK für die Praxis verfasst
- » Qualifizierte und verlässliche Inhalte
- » Links zu Beratungsinformationen der AK
- » ... kostenlos und immer für SIE da!

www.sozialleistungen.at



Ein Ersuchen des Verlages an den/die BriefträgerIn:
 Falls Sie diese Zeitschrift nicht zustellen können, teilen Sie uns
 bitte hier den Grund und gegebenenfalls die neue oder richtige
 Anschrift mit

AW

 Straße/Gasse

 Haus-Nr./Stiege/Stock/Tür

 Postleitzahl

 Ort

Besten Dank